

GEHT
ZUFACH

RÜSTUNGS EXPORT



UND MIGRATIONS DABWEHR

Dr. James Jakob Fehr
Nora Freitag

Kiflemariam Gebrewold
Sabine Müller-Langsdorf

Otfried Nassauer
Christopher Steinmetz

Herausgeberin:



EAK
EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
UND FRIEDEN
PROTESTANT ASSOCIATION
FOR CONSCIENTIOUS OBJECTION AND PEACE

Evangelische Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden (EAK) im Verein für Friedensarbeit
im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Endenicher Straße 41, 53115 Bonn

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Fluchttort Ägäis	6
Nora Freitag und Team Borderline Europe e. V.:	6
Flucht über die Ägäis	6
Europa schottet sich ab	7
Das EU-Türkei-Abkommen	7
Der Preis der Abschottung – Stimmen von Betroffenen	9
Inhaftierung, Abschiebung, Kriminalisierung	10
David gegen Goliath? – Lokale und internationale Gerechtigkeitsarbeit auf Lesbos	12
Dr. James Jakob Fehr/Sabine Müller-Langsdorf	12
Deutsche Rüstungsexporte – Fluchtursache und Mittel zur Fluchtverhinderung?	14
Otfried Nassauer:	14
Der lange Atem der Geschichte	14
Waffen für die Türkei – ein Beitrag zu Fluchtursachen?	16
Militärgüter für Griechenland – Einsatz zur Flüchtlingsabwehr?	17
Die toxische Verbindung von Migrations- und Entwicklungspolitik – ein Brief	18
Kiflemariam Gebrewold:	18
»Dear white people!«	18
Aufrüstung an den EU-Außengrenzen	20
Christopher Steinmetz:	20
Die Versicherheitlichung der EU-Flüchtlingspolitik	20
Die EU macht mobil – Flüchtlingsabwehr um jeden Preis	20
EU-Gelder für den Ausbau der »Festung Europa«	24
Griechenland und Türkei: Aufrüstung auf beiden Seiten der Grenze	25
Viele Flüchtlinge = viele Aufträge für die deutsche Rüstungsindustrie?	26
Die deutsche Nummer 1 im Grenzschutzgeschäft	28
Vielfältige Chancen für deutsche Rüstungsunternehmen	30
»Festung Europa« – Milliardenengeschäfte auf dem Rücken von Millionen	31
Safe passage – das Gebot der Stunde	32
Anhang	34
Autorinnen und Autoren	34
Mitträgerinnen und Mitträger	35

Einleitung

Die Europäische Union (EU) hat die tödlichste Grenze der Welt. Seit dem Jahr 2000 starben dort mindestens 35.000 Menschen. Wer auf der Suche nach Schutz vor Bürgerkrieg und Gewalt nach Europa kommen möchte, hat kaum die Möglichkeit einer legalen Einreise. »Safe passage« gilt gerade einmal für jeden zehnten anerkannten Geflüchteten, der in die EU einreisend will.

Europa hat seine Grenzen dicht gemacht. Zur Grenzsicherung hat die EU vielfältige Maßnahmen ergriffen. Eine tragende Rolle spielt dabei die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex. Ihr Jahresbudget ist von 19 Millionen Euro im Jahr 2006 auf 330 Millionen Euro im Jahr 2019 gewachsen. Weitere Erhöhungen in den Milliardenbereich stehen an. Zugleich steht die Entwicklungszusammenarbeit der EU zunehmend im Dienst sicherheits- und migrationspolitischer Nutzung.

Es ist darum an der Zeit, das Geschäft mit der Grenzsicherung näher anzuschauen: in seinem Aufwand, in seinem Ausmaß, in der Frage beteiligter Unternehmen und der Suche nach den Gewinnern und Verlierern. Für die Rüstungsindustrie ist Grenzsicherung ein Rüstungsgut. Für den militärischen Sicherheitsbereich ist sie ergiebig in der Weiterentwicklung hochtechnologischer Instrumente zu Überwachung und Datenkommunikation sowie als Lernfeld europäischer Zusammenarbeit. Für die Bundesrepublik Deutschland stellt sich die Frage der Rüstungsexportkontrolle.

Die vorliegende Broschüre »Safe Passage – Rüstungsexporte und Migrationsabwehr« nimmt beispielhaft die Ägäisregion mit den Ländern Türkei und Griechenland in den Blick. Dort hat das Geschäft mit der Rüstung »Made in Germany« zum einen eine lange Tradition und belegt, wie friedensgefährdend Rüstungsexporte sind. Zum anderen ist die Ägäisregion mit dem EU-Türkei-Abkommen des Jahres 2016 eine Blaupause für die aktuelle Abschottungspolitik der EU: der Ausbau der militärischen Überwachung und die Versicherheitlichung der Flüchtlingspolitik, die Kooperation mit Staaten, die Demokratie und Menschenrechte missachten, und die Verlagerung der Migrationsabwicklung in Drittstaaten.

Auf der Strecke bleiben die Menschen, die vor Gewalt und Bürgerkrieg – in dem nicht selten auch Rüstungsgüter »Made in Germany« zum Einsatz kommen –





geflohen sind. Aktuell warten auf der Insel Lesbos in der Ägäis fast 8.000 geflüchtete Menschen auf ein Weiterkommen oder den Verbleib in die EU.

Das Warten zermüht, die unwürdigen Bedingungen in Lagern führen zu Selbstzerstörung, Krankheiten, Aggression. In dieser Broschüre berichten Geflüchtete über ihre Begegnungen mit verschiedenen Akteuren europäischer Grenzsicherung. Solidarische Initiativen und lokale NGOs auf Lesbos begegnen dem Abbau menschenrechtlicher Standards mit zivilem Widerstand, praktischer Solidarität und der Forderung nach sicheren Wegen aus Krieg und Gewalt. Der Stempel »SAFE PASSAGE« auf den Taschen aus Rettungswesten der lokalen NGO Lesbos Solidarity unterstreicht die politische Forderung nach einer Migrations- und Sicherheitspolitik, die das Recht der Schutzlosen achtet und sichere Einreisewege ermöglicht. Diesem Ziel dienen zivile Friedensinstrumente, faire Handelsbeziehungen, die Verringerung von Armut sowie Integration innerhalb der Länder nachhaltiger als militärische Grenzsicherung und Überwachung.

Diese Broschüre ist dem Engagement zivilgesellschaftlicher Gruppen, die sich für Geflüchtete, gegen Rüstungsexporte, für Menschenrechte und faire Entwicklung einsetzen, gewidmet. Herausgeberin der Broschüre ist die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden (EAK) im Verein für Friedensarbeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V. Sie dankt den Mitarbeitenden an der Broschüre: Otfried Nassauer und Christopher Steinmetz (Berliner Institut für Transatlantische Sicherheit, BITS) für die fachliche Analyse zu Rüstungsexporten und Grenzsicherung. Nora Freitag und dem Verein Borderline Europe e. V. für die Interviews mit Geflüchteten auf Lesbos und die Skizzierung des Fluchttorts Ägäis. Dr. Jakob Fehr und Lesbos Solidarity für Beispiele lokalen und internationalen Friedensengagements. Kiflemariam Gebrewold für den Blick auf die »toxischen Verbindungen von Migrations- und Entwicklungspolitik«. Das Mosaik Supportcenter war/ ist Projektpartner einiger evangelischer Landeskirchen.

Für Unterstützung danken die Herausgebenden den Evangelischen (Landes-)Kirchen Baden, Hessen-Nassau, Kurhessen-Waldeck, Rheinland und Westfalen sowie dem Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll-Stiftung, dem Verein Ohne Rüstung Leben e. V. und der Aktion Aufschrei-Stoppt den Waffenhandel.



Fluchort Ägäis

Team Borderline Europe e. V.

Die Ägäis ist aufgrund ihrer geografischen Lage über Jahrhunderte hinweg Schauplatz von Migrationsbewegungen. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es in der Region zu Vertreibung und Zwangsumsiedlung von Hunderttausenden Griechinnen und Griechen aus Anatolien auf das griechische Festland und die vorgelagerten Inseln sowie von Musliminnen und Muslimen aus Griechenland in die heutige Türkei. Knapp 100 Jahre später ist das Ägäische Meer immer noch eine der wichtigsten Fluchtrouten für Schutzsuchende. Wie zuvor der Krieg in Afghanistan führt das gewalttätige Vorgehen des Regimes in Syrien gegen die eigene Bevölkerung und der dortige Bürgerkrieg seit 2011 zu einem deutlichen Anstieg von Geflüchteten in der Ägäis aus dem Mittleren Osten. Auch 2019 kommen die meisten Geflüchteten auf den griechischen Inseln aus den Ländern Afghanistan, Irak, Syrien, den palästinensischen Gebieten und der Demokratischen Republik Kongo. Unsicherheiten im Aufenthaltsrecht, Perspektivlosigkeit und politische Spannungen in der Türkei sind einige der Gründe, warum viele die Flucht nach Europa anstreben.

2014 markiert bereits einen Anstieg von Überfahrten im gesamten Mittelmeerraum im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren. Die meisten Menschen sind 2014 noch über die zentrale Mittelmeerroute von Libyen und Ägypten aus nach Italien geflohen. Im darauffolgenden Jahr flohen hingegen mehr als 850.000 Menschen allein nach Griechenland über das Ägäische Meer. Über eine Million waren es im gesamten Mittelmeer, was eine der größten Migrationsbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg markiert.

In der kritischen Migrationsforschung wird das Jahr 2015 daher oft als »Sommer der Migration« bezeichnet. Die hingegen sinkenden Ankunftszahlen der letzten drei Jahre stehen in direktem Zusammenhang mit dem EU-Türkei Abkommen, wodurch die Türkei einen klaren Grenzschutzauftrag gegen Bezahlung erhielt. Heute wird fast die Hälfte der Boote Geflüchteter durch die türkische Küstenwache oder an Land von der Polizei abgefangen.

Die Flucht über die Ägäis

Die Flucht über die Ägäis geschieht in kleinen, völlig überfüllten Holz- und Schlauchbooten. Die Menschen, die sich auf diesen Weg begeben, können teilweise nicht schwimmen und haben oft bereits gesundheitliche Probleme und Kriegsverletzungen. Weil der Zugang zu dem Recht auf Asyl in Europa nur sehr selektiv möglich ist, sind Schutzsuchende gezwungen, irregulär das Mittelmeer zu überqueren. Sie riskieren ihr Leben, das ihrer Familien und Kinder. Die Zahl der Todesfälle kann aufgrund von mangelhaften Informationen nicht ermittelt werden, offizielle Zahlen der International Organisation for Migration (IOM) und dem UNHCR weichen ebenfalls stark voneinander ab. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass die tatsächlichen Todeszahlen auf dem Mittelmeer weitaus höher sind.

Die meisten Schutzsuchenden, die über das Ägäische Meer fliehen, kommen auf der Insel Lesbos an. Sie müssen sich dort in dem Hotspot-Lager Moria registrieren. Seit dem EU-Türkei-Abkommen ist Moria

auch das Asylverfahrens- und Abschiebezentrum. Moria ist zu einer dauerhaften Unterkunft geworden, mit katastrophalen Bedingungen, unter denen insbesondere die geflüchteten Kinder extrem leiden. Die Zahl der ankommenden Minderjährigen auf den griechischen Inseln ist im Vergleich zum Vorjahr 2018 deutlich angestiegen auf knapp 850 pro Monat.

Europa schottet sich ab

Europa hat mit der Öffnung der Grenzen im Schengen-Raum 1985 gleichzeitig begonnen, die Außengrenzen zu sichern und aufzurüsten. Vor allem die Dublin-Verordnung, die festlegt, welcher Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens von Schutzsuchenden zuständig ist – in der Regel der Mitgliedstaat, der zuerst betreten wurde –, hat Griechenland und insbesondere die Inseln, die wie Lesbos nah an der türkischen Küste liegen, in den Fokus der europäischen Migrationspolitik gerückt. Der Versuch, ein europäisches Asylsystem zu etablieren, hat Griechenland nicht nur zum Land mit den meisten Ankünften, sondern darüber hinaus auch mit den meisten Asyl-antragsstellungen gemacht. Griechenlands Reaktion war gekennzeichnet von einem restriktiven Umgang mit Migrantinnen und Migranten durch Inhaftierungen, der Errichtung eines Grenzzauns sowie verstärkten Grenzkontrollen an Land und organisierter Verhinderung der Einreise (push-backs) in der Ägäis. Obwohl nach dem Regierungswechsel (SYRIZA/ANEL) in Griechenland im Januar 2015 ein Wandel im Umgang mit Migrantinnen und Migranten angestrebt

wurde, beispielsweise durch die Schließung vieler Haftlager, blieb die Regierung angesichts der hohen Ankunfts zahlen überfordert. Die von der EU auferlegte Sparpolitik führte darüber hinaus zu äußerst prekären Lebensverhältnissen für die gesamte Bevölkerung Griechenlands und begünstigte den Aufschwung rechter Parteien, rassistischer Haltungen und Forderungen nach restriktiverer Politik im Umgang mit Migration.

Auch auf der anderen Seite der Grenze, in der Türkei, verstärkte die EU die Abschottungsbemühungen. Seit 2011 hielt die Türkei ihre Grenzen für Geflüchtete aus Syrien offen. Mit der Umsetzung des EU-Türkei-Abkommens wurde dann eine Visapflicht für Syrerinnen und Syrer eingeführt und 2017 ein 800 Kilometer langer Zaun an der östlichen Grenze der Türkei zu Syrien errichtet. Die EU war bereit, Rechtsverletzungen der Türkei in Form von illegaler Ausreiseverhinderung (pull-back), Inhaftierungen und unzulänglicher Unterbringung Geflüchteter sowie dem Sterben auf dem Mittelmeer in Kauf zu nehmen, um die Grenze zu schließen und mit allen Mitteln Migrationsbewegungen nach Europa zu blockieren.

Das EU-Türkei-Abkommen

Der Deal: Um die Kontrolle über die Migrationsbewegungen zurückzugewinnen tritt die EU unter maßgeblicher Führung Deutschlands bereits im November 2015 in Verhandlungen mit der Türkei. Am 18. März 2016 wird daraufhin die Erklärung des EU-Türkei-

Ankünfte in Griechenland und Todesfälle in der Ägäis

2014–2019

Jahr	Ankünfte über das Meer	Ankünfte über Land	Todesfälle
2019 Stand: 31.03.2019	5.224	2.801	14
2018	32.494	18.014	174
2017	29.718	6.592	62
2016	173.450	3.784	434
2015	856.723	4.907	803
2014	41.038	2.280	59

Quelle: <https://data2.unhcr.org>, Todesfälle: <https://missingmigrants.iom.int>



Geflüchtete warten nach ihrer Überfahrt nach Griechenland in Idomeni darauf, die Grenze nach Mazedonien zu überqueren

Abkommens veröffentlicht. Die Vereinbarung entspricht in ihrer Form eher einer Presseerklärung als einem internationalen Abkommen und baut auf vorangegangene, wenig wirksame Rückübernahmeabkommen zwischen der Türkei und der EU auf. Wichtigstes Ziel des Abkommens ist die deutliche Reduzierung von Zuwanderungszahlen. Die türkische Regierung verspricht ihre Grenzüberwachung auszubauen, um Migrantinnen und Migranten an der Grenzüberquerung zu hindern und vermehrt gegen Schlepper-Netzwerke vorzugehen. Die Menschen, die es trotz verschärfter Kontrollen auf die griechischen Inseln schaffen, sollen laut Abkommen nach einem Asylschnellverfahren in die Türkei zurückgeschoben werden. Im Gegenzug verspricht die EU, bis zu 72.000 syrische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus der Türkei in europäischen Mitgliedstaaten anzusiedeln. Im Rahmen dieses 1:1-Tauschmechanismus soll für jede Person syrischer Staatsbürgerschaft, die in die Türkei abgeschoben wird, eine Syrerin oder ein Syrer in Europa angesiedelt werden. Zusätzlich werden der Türkei Erleichterungen bei der Vergabe von Schengen-Visa an türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sowie 6 Milliarden Euro für den Ausbau der Grenzkontrollen und die Versorgung von Geflüchteten versprochen. Außerdem hat man zugesichert, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wieder aufzunehmen.

Der Hintergrund: Die Verpflichtung von und die verstärkte Kooperation mit Drittländern ist Teil einer seit den späten 1990er Jahren forcierten Auslagerung europäischer Migrationspolitik. Sie bedeutet die Übertragung von Verantwortung für kontrollpolitische Maßnahmen, wie z. B. Grenzkontrollen- und -überwachung, Rückführungen oder die Durchführung von Asylverfahren, auf Herkunfts- und Transitländer. Im Rahmen von Abkommen und unterstützt durch finanzielle Anreize werden Drittländer zu vorgeschobenen Außengrenzen und Pufferzonen, die möglichst verhindern sollen, dass Migrantinnen und Migranten europäischen Boden betreten und somit Schutzansprüche stellen können.

Direkte Wirkungen in der Ägäisregion: Während im Jahr 2015 nur eine von zehn Personen von der türkischen Küstenwache abgefangen wurde, wurde im ersten Halbjahr 2018 jede zweite Person an der Überfahrt gehindert. Während in den wenigen Wochen kurz vor Abschluss des Abkommens täglich ca. 1.800 Migrantinnen und Migranten die griechischen Inseln erreichten, reduzierte sich diese Zahl auf 100 Neuankommende pro Tag im September 2016. Die EU lobt das Abkommen als erfolgreiches Modell für zukünftige Kooperationen mit Drittstaaten und stellt dabei vor allem die niedrigeren Zuwanderungszahlen in den Vordergrund. Dabei bleiben jedoch sowohl die Zahl der Rückführungen in die Türkei als auch die versprochenen Umsiedlungen nach Europa gering. Bis zum 30. Oktober 2018 wurden 2.500 Migrantinnen und Migranten von den griechischen Inseln zurück in die Türkei gebracht. Im selben Zeitraum konnten 17.351 Syrerinnen und Syrer auf legalem Weg nach Europa einreisen. Die ursprünglich anvisierte Zahl von 72.000 Umsiedlungen war nicht zu realisieren.

Folgen für europäische Migrationsbewegungen: Solche Abkommen stoppen keine Migrationsbewegungen. Sie erreichen nur eine Verlangsamung der irregulären Migration und die Verschiebung der Fluchtrouten – wie das Beispiel Italien zeigt: Seit 2018 ist der Seeweg nach Italien durch die Abschottungspolitik von Innenminister Salvini für Migrantinnen und Migranten blockiert. Die sogenannte libysche Küstenwache hindert mit finanzieller Hilfe der EU immer mehr Geflüchtete daran, Libyen zu verlassen. Vermehrt suchen Menschen nun Wege über Marokko und Algerien, um nach Spanien zu gelangen. In Griechenland haben vor allem die gefängnisähnlichen Zustände, die durch das Festhalten der

Ankünfte auf den griechischen Inseln mit Hotspots 2018

Insel	In Zahlen
Lesbos	15.034
Samos	8.544
Chios	3.828
Dodekanes-Inseln	4.934

Stand 31.12.2018, Quelle: <https://data2.unhcr.org>

Migrantinnen und Migranten auf den griechischen Inseln entstanden sind, eine gewisse Abschreckungsfunktion. Zudem weichen die Schlepper unter dem Druck zunehmender Grenzüberwachung auf immer gefährlichere Routen und Taktiken aus. Dadurch ist die Zahl der Todesopfer auf dem Mittelmeer seit dem EU-Türkei-Abkommen gestiegen. Während im

Jahr 2015 etwa 0,09 Prozent der Menschen die Überfahrt nicht überlebten, verlor im Jahr 2018 eine oder einer von 200 Migrantinnen oder Migranten auf der Suche nach Sicherheit das Leben in der Ägais (vgl. IOM 2019a; UNHCR 2019a).

Aggressiver Grenzschutz im Ägäischen Meer

»Der Schleuser sagte, die Fahrt würde 40 Minuten dauern, aber wir waren über sieben Stunden im Schlauchboot, mit 56 Personen. Nach einer Stunde bemerkte ich, dass das Boot ein Loch hatte, genau wo ich saß. Alle gerieten in Panik. Wir waren viele Personen aus verschiedenen Ländern und konnten nicht die gleiche Sprache sprechen. Wir wussten nur: Da ist ein Loch, und bald ist es vorbei. Alle begannen zu schreien und in verschiedenen Sprachen zu beten. (...) Ich versuchte, die türkische Polizei anzurufen, damit sie uns rettet, weil ich Englisch spreche. Ich schrie: »Wir sinken, wir sind zwischen der Türkei und Griechenland und werden sterben!« Aber der Mann am Telefon blieb super entspannt und fragte nur: »Wie viele seid ihr, woher kommst du, wie alt bist du?« Dann rief ich die griechische Küstenwache an, es war dieselbe Reaktion. Niemand kam, um uns zu helfen. Niemand. Es waren nur das Meer, Dunkelheit, hohe Wellen und 56 Menschen in einem Boot, die kämpften, um am Leben zu bleiben. (...) Ich weiß nicht, wie wir ankamen, aber schließlich erreichten wir die Küste von Lesbos. Wir wurden gegen die Felsen geschleudert, und ein Mann aus Afrika, der vorne saß, brach sich die Beine.«

Jamal, 24 Jahre, aus Afghanistan

»Ich habe dreimal versucht, aus der Türkei hierherzukommen. Zweimal hat mich die türkische Polizei festgenommen und zurück in die Türkei gebracht. Wenn sie verstehen, dass du aus Palästina bist, dann schicken sie dich ins Gefängnis. Aber ich sagte ihnen, ich sei aus Syrien. Denn für Frauen ist das Gefängnis sehr schlimm. Das dritte Mal versuchten sie uns am Strand zu fangen, aber wir schafften es, die griechische Küste zu erreichen. Wir waren 60 Menschen im Schlauchboot. Als wir ankamen, waren dort einige Menschen, die uns Kleidung gaben. Dann kam sofort der Polizeibus und brachte uns in das Lager Moria. Es ist sehr schlimm dort, als wir es sahen, waren wir schockiert.«

Malak, aus Syrien, Juni 2017

Der Preis der Abschottung – Stimmen der Betroffenen

Die Aufrüstung der türkischen Küstenwache durch die Europäische Union und der Einsatz von Frontex und der Nato hat zu einer deutlichen Reduzierung der Überfahrten geführt. Dennoch kommen noch täglich Menschen aus der Türkei auf den griechischen Inseln an.

Selbst ohne die Intervention von Küstenwachen ist die Überfahrt für viele Menschen ein traumatisches und lebensgefährliches Erlebnis. Wenn die türkische Küstenwache Menschen auf dem Weg abfängt, werden sie in die Türkei zurückgebracht. In der Türkei werden aus Griechenland abgeschobene Personen in der Regel in sogenannten Removal-Centern inhaftiert. Internationalen Schutz können sie von dort nur mithilfe von Anwältinnen und Anwälten beantragen, zu denen sie kaum Zugang erhalten können. Dies bedeutet, dass viele Menschen von der Türkei direkt weiter in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. Ausgenommen von systematischer Inhaftierung sind in den meisten Fällen nur Syrerinnen und Syrer, da sich diese für temporären Schutz registrieren können. Aber auch Syrerinnen und Syrer wurden bereits abgeschoben oder unter dem Namen der »freiwilligen Rückkehr« nach Syrien gebracht.

Nach ihrer Ankunft auf der Insel Lesbos müssen Menschen im überfüllten Camp Moria auf die Bearbeitung ihrer Asylanträge warten. Nur wenige werden in das etwas besser ausgestattete Lager Kara Tepe oder in das Solidaritätscamp Pikpa gebracht. Im monatelangen Wartezustand sind sie der ständigen Angst ausgesetzt, dass ihr Asylantrag abgelehnt und sie inhaftiert und abgeschoben werden könnten. Hinzu kommt der Zustand chronischer Unterversorgung: Nach stundenlangem Anstehen bei der Nahrungsausgabe bleiben viele Menschen hungrig. Es fehlt an Betten und Kleidung. Medizinische Versorgung und psychologische Betreuung ist nur sehr begrenzt vorhanden. Zudem kommt es im Lager aufgrund der widrigen Bedingungen immer wieder zu Gewalt. In regelmäßigen Abständen führte die Unterversorgung sogar zu Todesfällen, insbesondere in den kalten Wintermonaten. Aber auch Selbstverletzungen und Suizidversuche sind für viele Menschen an der Tagesordnung.



Inhaftierung, Abschiebung, Kriminalisierung

In einigen der sogenannten europäischen Hotspot-Lagern auf den griechischen Inseln gibt es Abschiebegefängnisse. Dort werden Geflüchtete aus verschiedenen Gründen festgehalten. In Lesbos werden im Rahmen eines sogenannten Pilotprojekts ledige Männer aus Ländern mit niedrigen Asylanerkennungsraten direkt nach ihrer Ankunft für drei Monate inhaftiert.

Transformation der Insel in Freiluftgefängnisse

»Moria ist ein Ort, in dem du nichts über deine Zukunft weißt. Es wird für dich entschieden und gedacht: Es wird entschieden, was du essen sollst, wo du schlafen sollst, was du sagen darfst und wann du abgeschoben wirst. Die meisten von uns, die hier ankamen, waren physisch und psychisch gesund und stark. Aber nach zwei oder drei Monaten machen uns die Bedingungen in diesem Lager krank, viele Menschen bekommen psychische Probleme, sie sind traumatisiert. Kinder wachsen hier auf und sehen, wie sich Menschen selbst verletzen, und sie ahnen das nach. Wie kann so etwas möglich sein?«

Jalal Azikiwe, Community Leader Nigeria, Juni 2017

»In all meinen Jahren medizinischer Praxis habe ich niemals eine so überwältigende Zahl von Menschen gesehen, die unter schwerwiegenden psychischen Erkrankungen leiden, als ich wie es unter Flüchtlingen auf der Insel Lesbos sehe. Die große Mehrheit von Menschen, die ich sehe, zeigt psychotische Symptome, Suizidgedanken – sogar versuchten Suizid – und ist verwirrt. Viele sind nicht in der Lage, grundlegende alltägliche Funktionen auszuführen, wie zu schlafen, vernünftig zu essen, die Körperhygiene aufrechtzuerhalten und zu kommunizieren.«

Dr. Alessandro Barberio, Mitarbeiter »Ärzte ohne Grenzen«, September 2018

Ziel ist es, während der Inhaftierung das Asylverfahren abzuschließen und sie direkt aus der Haft in die Türkei abzuschicken. Dies gelingt aber nur in den wenigsten Fällen. Zudem werden Personen inhaftiert, deren Asylantrag in zweiter Instanz abgelehnt wurde, sowie Migrantinnen und Migranten, die der sogenannten »freiwilligen Rückkehr« zugestimmt haben. Einige Menschen werden nicht nur inhaftiert, sondern auch strafrechtlich als Schleuser verurteilt, was sie in den meisten Fällen für 25 Jahre ins Gefängnis bringt. Dabei handelt es sich in vielen Fällen bloß um fliehende Menschen, die selbst versucht haben, nach Europa zu gelangen und von den Schleusern ausgewählt wurden, um das Schlauchboot zu lenken.

Die Inhaftierung und Strafhaft ist für alle Menschen – insbesondere aber diejenigen, die direkt nach ihrer Ankunft festgehalten werden – ein zutiefst verunsicherndes und häufig traumatisches Ereignis. Eine große Zahl von ihnen war bereits in ihren Herkunftsländern und der Türkei inhaftiert. Sie kommen nach Europa, um dieser Situation zu entfliehen. Wenn sie dort erneut im Gefängnis festgehalten werden, zweifeln viele Menschen, und immer wieder kommt es zu Selbstverletzung und Suizidversuchen.

Trotz der schwierigen Bedingungen gibt es sowohl in der Türkei als auch in Griechenland zahlreiche Unterstützungsstrukturen, die sich solidarisch mit Migrantinnen und Migranten zeigen und sie auf unterschiedlichste Art unterstützen. In der Türkei ist diese Arbeit unter den repressiven Bedingungen der AKP-Regierung besonders erschwert, aber auch auf den griechischen Inseln wird Unterstützungsarbeit immer wieder kriminalisiert. Ein Beispiel bildet die mehrere Monate andauernde Inhaftierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der humanitären Seenotrettungs-NGO ERCI auf Lesbos, denen nun ein Prozess bevorsteht. Auch andere Organisationen, die beispielweise Abschiebungen dokumentieren, werden zunehmend unter Druck gesetzt.

Akteure auf dem Ägäischen Meer

Illustration: Trixi Feller



Boote Geflüchteter



NGO Refugee Rescue
Schiff „Mo Chara“



NGO Mare Liberum
Schiff „Mare Liberum“



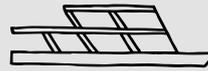
Frontex,
Operation Poseidon



Griechische Küstenwache



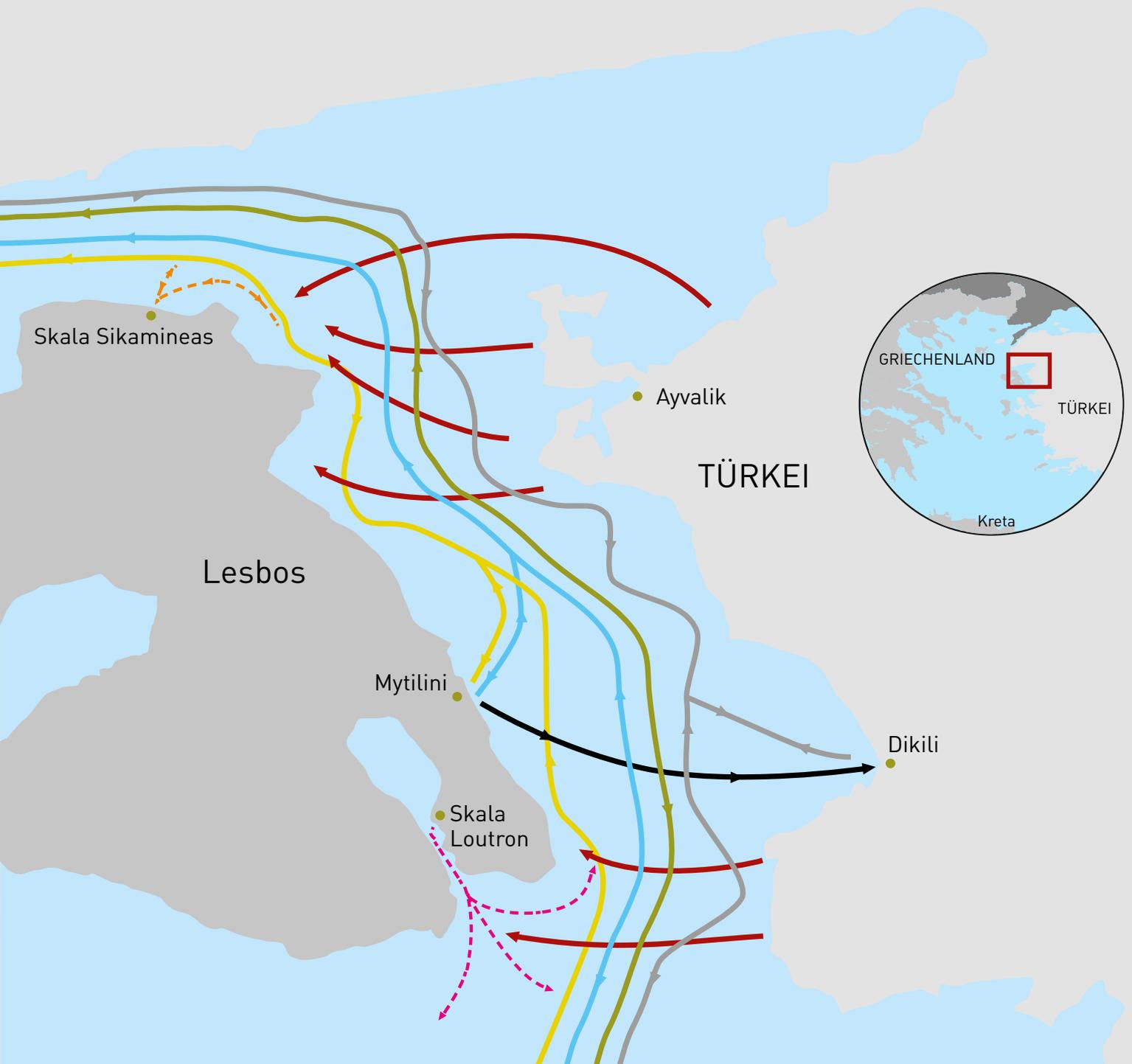
Türkische Küstenwache



Passagierfähren,
die für Abschiebungen genutzt werden
Anbieter: TurYol, Jalem Tur



NATO,
Operation Sea Guardian





David gegen Goliath? – Lokale und internationale Gerechtigkeitsarbeit auf Lesbos

Dr. James Jakob Fehr und Sabine Müller-Langsdorf

Aus der Zivilgesellschaft regt sich seit 2012 vermehrt Widerstand gegen eine Politik der Abschottung mit allen Mitteln. Auf der Insel Lesbos sind zahlreiche Initiativen und NGOs zur Verbesserung der Lage von Geflüchteten aktiv. Tausende von Freiwilligen hat die Insel beherbergt. Sie betreiben Notruftelefone. Sie beobachten kontinuierlich die Ägäis, um eine sichere Anlandung der Boote Geflüchtete zu ermöglichen. Sie fahren mit einem Seenotrettungsboot in Notfällen aufs Meer. Sie räumen Schwimmwesten weg und Müll auf. Sie bieten Kleiderkammern, Unterkunft, Rechtsberatung. Sie vernetzen sich international. Sie binden Geflüchtete in die Arbeit ein. Neben den professionellen Hilfsorganisationen ist es dem Einsatz der Zivilgesellschaft zu verdanken, dass es in den vergangenen Jahren nicht noch mehr Tote im Mittelmeer gegeben hat. Die Bevölkerung der Insel Lesbos wurde im Jahr 2016 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Bekommen hat sie ihn nicht. Würde man die Gelder der militärischen Sicherung der Grenzen mit den Aufwendungen und Mitteln der NGOs vergleichen, käme man auf das Bild von David gegen Goliath: einem gepanzerten Riesen steht ein kleiner Mensch (mit einer Steinschleuder!) entgegen. Dass die Davids dennoch manchmal Geschichte schreiben und ihre Mittel effektiv sind, mögen einige Beispiele von der Zivilcourage bis hin zur Qualifizierung von Friedensfachkräften auf Lesbos belegen.

»Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!« – ausgezeichnete Zivilcourage

2016: Konstantinos Mitragas (Schwimmer des griechischen Rettungsteams) und Efi Latsoudi (Aktivistin

der lokalen NGO Lesbos Solidarity) bekommen gemeinsam den Nansen Refugee Award 2016 des UNHCR verliehen. Die Auszeichnung würdigt ihre unermüdlchen Bemühungen, den Geflüchteten, die im Jahr 2015 nach Griechenland gekommen sind, zu helfen.

2018: Dafne Vloumidi, Hotelbesitzerin auf Lesbos, bekommt als eine von drei Personen im GARIWO Garten der Gerechten in Mailand die Auszeichnung »Gerechte der Gastfreundschaft«. Sie wurde 2015 verhaftet, weil sie Geflüchtete im hoteleigenen Auto mitnahm. Die Verbote der lokalen Behörde hat sie erfolgreich angefochten.

»Safe passage« – Taschen aus Rettungswesten

»Safe passage« ist der Stempel auf einer Tasche aus Rettungswesten. Sie wird im Mosaik-Supportcenter der lokalen Initiative Lesbos Solidarity in Mytilini hergestellt. Das Mosaik-Center bietet Geflüchteten und Einheimischen einen sicheren Ort der Begegnung, der Bildung und kulturellen Gestaltung. Mit einem Jahresetat von 300.000 € nehmen monatlich über 600 Personen an den Kursangeboten teil. Etwa 500 Personen werden monatlich bei ihren Fragen zu Asylverfahren, Gesundheit und anderen Themen durch das Beratungsteam unterstützt.

NGOs wie Lesbos Solidarity stehen ausschließlich private Spenden zur Verfügung. In den Jahren 2016–2018 wurde die Arbeit des Mosaik-Centers auch durch Spenden evangelischer Landeskirchen ermöglicht. Doch solche Mittel sind zeitlich befristet. Die mediale

Aufmerksamkeit zum Thema Flucht lässt nach. Damit lassen auch private Spenden nach. Zudem werden die EU-Mittel an Griechenland für Migrations- und Integrationsarbeit reduziert. All das führt lokale NGOs bei einer prekären wirtschaftlichen Situation in Griechenland an den Rand der Existenzmöglichkeit, und sie brauchen dringend Unterstützung. Nähere Infos zu Lesvos Solidarity: www.lesvossolidarity.org, www.lesvosmosaik.org

Wir sind viele! – Vernetzung für mehr Gerechtigkeit und Frieden

Unter dem Motto »Europa mit menschlichem Antlitz?!« bieten Diakonie und Kirche der EKHN und EKKW seit 2016 Begegnungsreisen für Engagierte in der Arbeit mit Geflüchteten an. Die Reisen führten bisher nach Griechenland, Italien und Ungarn/Serbien. Ziel ist Wissen zum Thema Flucht und Migration, zu Fluchtursachen und deren Auswirkungen zu vertiefen. Vor allem aber geht es um zivilgesellschaftliche Vernetzung in Europa. Die Begegnung mit Gleichgesinnten stärkt die Solidarität. Der Austausch fokussiert Herausforderungen europäischer Asylpolitik. In einer Stimmung zunehmender Fremdenfeindlichkeit und zunehmender Nationalismen braucht es eine starke zivilgesellschaftliche Stimme für Menschenrechte, den Schutz des Asylrechts und die Stärkung ziviler Friedensinstrumente. Die Reisen verstehen sich als Beitrag zu dem vom Ökumenischen Rat der Kirchen ausgerufenen »Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens«. Den Begegnungsreisen folgen jeweils eine Resolution oder andere Aktionen, die sich an Verantwortliche in Politik und Kirche wenden. Themen waren:

- »Wir sind viele!« – Europa hat eine starke Zivilgesellschaft
- »Familien gehören zusammen« – Familienzusammenführung in der Asylpolitik
- »Ankern statt Zentren!« – Integration statt Lagerunterbringung Geflüchteter
- »Seenotrettung jetzt!« – Nächstenliebe ist kein Verbrechen

Friedensfachkräfte auf Lesbos

Christian Peacemaker Teams ist eine von den historischen Friedenskirchen ausgehende kirchliche Initiative, die ausgebildete Friedensfachkräfte in Konfliktregionen entsendet. Fachkräfte aus allen kirchlichen Konfessionen sowie mit muslimischem oder nichtreligiösem Hintergrund bilden Teams, die auf Einladung lokaler Menschenrechts- und Friedensinitiativen hin entsendet werden. Besonders wichtig für CPT ist die dauerhafte Präsenz am Einsatzort.

Im Mittelpunkt der Arbeit des Teams auf der griechischen Insel Lesbos stehen die Dokumentation und Veröffentlichung von Menschenrechtsverletzungen, die Schutzbegleitung gefährdeter Personen, die Vermittlung von Kontakten zwischen lokalen sowie internationalen Menschenrechtsorganisationen und die Entwicklung gewaltfreier Alternativen zur Lösung von Konflikten. Eine Gruppe unter den Flüchtlingen ist extrem gefährdet: Leute mit einer alternativen sexuellen Prägung. Sie brauchen Rückzugsorte und Verbündete, die ihnen zur Seite stehen. Das tut CPT im Verborgenen. Außerdem engagiert sich das Team seit Jahren in der Gefängnisarbeit. Manche Geflüchtete werden inhaftiert, weil ihnen vorgeworfen wird, ein Boot nach Lesbos gesteuert und dabei angeblich viele Menschenleben gefährdet zu haben. Andere Geflüchtete beteiligten sich an gewaltfreien Protesten und wurden trotzdem wegen Gewaltvorwürfen vor Gericht gestellt. Auch diese Arbeit darf nicht öffentlich gemacht werden, da CPT Auskünfte erhält über die Abschiebungspraxis der griechischen Behörden und mit Anwälten zusammenarbeitet, um die Abschiebungen zu verhindern.

CPT bemüht sich um Inklusivität, Ökumenizität und Diversität als Zeichen der Liebe Gottes in Gemeinschaften. Krieg und Unterdrückung können durch die Kraft der Gewaltfreiheit, durch Partnerschaften mit lokalen Friedensstiftern und mutiges und kreatives Handeln verwandelt werden. Das Motto von CPT ist: »Partnerschaften bilden, um Gewalt und Unterdrückung zu transformieren«. Die Teams verzichten deswegen auf missionarische Tätigkeit und arbeiten kollegial mit muslimischen, jüdischen und säkularen Gruppen zusammen.



Taschen aus Rettungswesten: Upcycling-Workshop im Mosaik-Center. Zu beziehen über www.lesvossolidarityshop.org



Deutsche Rüstungsexporte – Fluchtursache und Mittel zur Fluchtverhinderung?

Otfried Nassauer

Griechenland und die Türkei gehören seit Jahrzehnten zu den wichtigen Empfängerländern deutscher Rüstungsgüter. Sie sind zugleich schon lange gute Kunden der hiesigen Rüstungsindustrie. Ob Gewehre, Panzer oder Kriegsschiffe und Boote – die Sicherheitskräfte in beiden Staaten weisen einen hohen Grad der Durchrüstung mit Wehrtechnik »Made in Germany« auf. Eine Vielzahl unterschiedlichster Waffen und Rüstungsgüter ist über Verteidigungshilfen, Rüstungssonderhilfen, Materialhilfen, kommerzielle Rüstungskäufe bei deutschen Firmen oder durch Lizenzvergaben, Technologietransfers und Offset-Geschäfte in beide Länder gelangt. Gebrauchtes Material sowohl der Bundeswehr als auch der NVA ist bis heute in beiden Ländern im Einsatz. Und neue Waffen: Beide nutzen in Deutschland gekaufte U-Boote der Klassen 209 und 214, beide fahren MEKO-Fregatten von Blohm & Voss, beide haben Leopard-Panzer von Krauss Maffei Wegmann, und die Sicherheitskräfte sind in beiden Ländern mit Gewehren und Maschinenpistolen von Heckler & Koch ausgestattet, die in deutscher Lizenz produziert werden. Neben den USA wurde die Bundesrepublik zu einem der wichtigsten Lieferanten von Waffen, Ausrüstung und Technologie, sowohl für die griechischen als auch für die türkischen Sicherheitskräfte.

Auf beiden Seiten der Grenze werden also seit Jahrzehnten deutsche Rüstungsgüter eingesetzt, auch um genau diese Grenze unpassierbar zu machen. Zudem werden diese Rüstungsgüter zumindest von der Türkei auch in regionalen Konflikten verwendet. Am Beispiel der Türkei wird der Frage nach dem

Beitrag deutscher Rüstungsexporte zur Schaffung von Fluchtursachen nachgegangen. Im Blick auf Griechenland wird auf die Rolle deutscher Rüstungslieferungen bei der Grenzüberwachung und Unterbindung von Fluchtbewegungen eingegangen.

Schon deshalb interessiert, ob deutsche Rüstungsexporte an diese beiden Länder auch bei der Entstehung von Fluchtursachen oder bei der Kontrolle und Unterbindung von Flucht eine Rolle spielen. Da Waffen und Rüstungsgüter häufig eine Nutzungsdauer von mehr als 20 oder 30 Jahren haben, kann dabei auch ein Blick auf Lieferungen und Lizenzvergaben hilfreich sein, die schon länger zurückliegen.

Der lange Atem der Geschichte

Zunächst ist jedoch ein kurzer Rückblick auf die Genese der deutschen Rolle als wichtiger Rüstungslieferant für Griechenland und die Türkei sinnvoll. Ihren Ursprung hat sie nämlich in einer auch heute wieder aktuellen Debatte – der Diskussion über eine gerechte finanzielle Lastenteilung in der NATO.

Schon kurz nach der Gründung des Bündnisses drängten die USA mit Macht darauf, dass Griechenland und die Türkei Mitglieder der Allianz werden. Beide Länder sollten helfen, die Sowjetunion von Süden her einzudämmen. Da die rüstungstechnische Ausstattung Athens und Ankaras damals sehr rückständig und mit der Ausrüstung anderer NATO-Staaten oft nicht kompatibel war, sicherte Washington beiden umfangreiche Militärhilfen zu. Bis Anfang

der 1960er leisteten die USA diese Unterstützung weitestgehend alleine.

Das änderte sich nach 1962. Robert McNamara, damals Verteidigungsminister der USA, erklärte seinen europäischen Kollegen bei einer Sitzung der NATO in Athen, Washington wolle seine Abschreckungsstrategie ändern und nicht länger auf das Konzept massiver atomarer Vergeltung setzen. Man plane den Übergang zu einer neuen Strategie der flexiblen Antwort. Diese benötige konventionelle Streitkräfte, die einen Krieg – zumindest zeitweise – auch ohne Atomwaffen führen könnten. Also gelte es, mehr Geld in die konventionellen Streitkräfte zu investieren – vor allem in Europa. Zudem erwarte Washington auch beim Thema Militärhilfe für schwächere NATO-Staaten eine Beteiligung Europas – zum Beispiel im Blick auf die Hilfen für Griechenland, die Türkei und Portugal.

Schon im Dezember 1962 erklärte sich die Bundesregierung bereit, sich ab 1964 an der finanziellen Militärhilfe für diese Länder zu beteiligen und überschüssiges Bundeswehrmaterial an sie abzugeben. Diese Zusage war nicht ganz uneigennützig, denn von ihrem Angebot versprach sich die Bundesregierung natürlich auch zusätzliche Aufträge für die westdeutsche Rüstungsindustrie und zugleich bessere Karten in den deutsch-amerikanischen Debatten über den Devisenausgleich für die Stationierungskosten der US-Truppen in der Bundesrepublik.

Die deutsche Unterstützung Griechenlands und der Türkei erfolgte von 1964 bis Ende 1995 im Kontext unterschiedlicher, aber ähnlicher Programme:

- Zum einen erhielten Griechenland und die Türkei NATO-Verteidigungshilfe aus Deutschland. 80 Prozent dieser Gelder wurden genutzt, um neues Wehrmaterial für beide Staaten zu finanzieren, 20 Prozent wurden auf die Abgabe gebrauchten, aber einsatzfähigen Überschussmaterials der Bundeswehr angerechnet. Abkommen über einzelne Tranchen regelten, was und zu welchen Konditionen wann geliefert werden sollte. Die Unterstützung für die Türkei war dabei erheblich teurer als jene für Griechenland, das aufgrund einer Unterbrechung der Hilfen während der Militärdiktatur (1967–1976) bis zum Ende des Kalten Krieges NATO-Verteidigungshilfen im Wert von insgesamt 890 Millionen DM bekam.
- Die zweite Form der Unterstützung waren sogenannte Materialhilfen. Beide Länder erhielten von 1975 bis 1990 zwei solche Hilfen, danach folgte

eine dritte, deutlich größere, die bis 1995 geleistet wurde. Griechenland erhielt bis 1990 Materialhilfen im Wert von 400 Millionen DM. In den ersten fünf Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges bekam es dann bis 1995 Munition, Waffen und Technik im Wert von rund einer Milliarde DM. Bei der Türkei belief sich der Wert dieser dritten Materialhilfe sogar auf 1,5 Milliarden DM. Geliefert wurden sowohl Waffen und Rüstungsgüter aus Bundeswehrbeständen als auch aus Beständen der NVA. Der Umfang dieser Lieferungen war teilweise irritierend und fragwürdig. So bekam die Türkei beispielsweise bis zum Frühjahr 1994 mehr als 300.000 Sturmgewehre vom Typ Kalaschnikow sowie 83 Millionen Schuss passender Munition.

- Drittens erhielten Griechenland und die Türkei Rüstungs-sonderhilfen. Griechenland wurde z. B. von 1991 bis 1994 mit einer Rüstungs-sonderhilfe im Wert von rund 450 Millionen DM unterstützt. Enthalten war darin ein Finanzausschuss von 100 Millionen DM für den Kauf von vier MEKO-Fregatten in Deutschland, die Lieferung von 75 Panzern vom Typ Leopard 1 und die Überlassung von 28 Bundeswehr-Kampfflugzeugen vom Typ Starfighter mit samt eines umfangreichen Materialpakets.
- Auch nach 1995 unterstützte die Bundesregierung Griechenland und die Türkei im Einzelfall weiterhin durch kostengünstiges, gebrauchtes Rüstungs-material im Rahmen von Länderabgaben (beide erhielten z. B. Panzer des Typs Leopard 2) sowie durch Finanzierungshilfen und Hermes-Absicherungen beim Kauf neuer Waffensysteme.

Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Türkei größer und bevölkerungsstärker ist als Griechenland, wurden beide Länder zunächst quantitativ im Verhältnis von 3:2 und später im Verhältnis 5:3 unterstützt. Als Ausgleich erhielt Griechenland zudem qualitativ etwas höherwertige Rüstungsgüter als die Türkei.

Die deutsche Unterstützung für die Streitkräfte Griechenlands und der Türkei war natürlich auch hilfreich für die Geschäfte der deutschen Rüstungsindustrie. Athen und Ankara schlossen beide auch etliche Großgeschäfte mit deutschen Wehrtechnikunternehmen ab, die sie ganz oder überwiegend aus eigenen Mitteln finanzierten. Dafür verlangten sie jedoch in der Regel Gegengeschäfte (Offset) z. B. in Form von Investitionen deutscher Firmen im Käuferland, in der Form von Technologietransfers, der Beteiligung an der Fertigung von Komponenten oder an der Endmontage von Rüstungsgütern.

Weder die Tatsache, dass beide Staaten zeitweilig durch Militärdiktaturen regiert wurden und alles andere als Leuchttürme bei der Einhaltung der Menschenrechte waren, noch ihre Konflikte und Scharmützel untereinander (Zypernkrise, Ägäis-krise) führten dazu, dass die rüstungstechnische Unterstützung in Deutschland dauerhaft oder grundsätzlich infrage gestellt wurden.

Waffen für die Türkei – ein Beitrag zu Fluchtursachen?

Den Nachweis zu führen, dass ein bestimmter Waffenexport die Flucht bestimmter Menschen verursacht hat, dürfte so gut wie unmöglich sein. Möglich ist es dagegen zu überprüfen, ob aus Deutschland gelieferte Waffen in einem Konflikt oder Kontext eingesetzt wurden, der die Flucht einer Vielzahl von Menschen ausgelöst hat. Im Fall der Türkei gibt es dafür mehrere Beispiele. Das jüngste muss hier genügen.

Anfang 2018 intervenierte die Türkei ohne völkerrechtliches Mandat im Norden Syriens. Ankara wollte den mehrheitlich kurdisch bewohnten Kanton Afrin unter seine Kontrolle bringen. Die zynischerweise als »Operation Olivenzweig« bezeichnete militärische Offensive sollte diese Region der Kontrolle durch die kurdische YPG-Miliz entreißen. Nach türkischer Lesart ist die YPG der syrische Arm der PKK, also eine Terrororganisation. Nach mehrwöchigen Kämpfen gelang es der türkischen Armee und ihren sunnitisch-arabischen, teilweise radikalislamischen Verbündeten der sogenannten Freien Syrischen Armee, Afrin zu besetzen. Filmaufnahmen der Militäroperation lieferten viele Bildbeweise dafür, dass eine ganze Reihe von Waffen eingesetzt wurden, für deren Existenz bei den türkischen Streitkräften eine deutsche (Mit-)Verantwortung gegeben ist. Für das WDR-Politikmagazin »Monitor« wurden damals Beispiele zusammengetragen. Im Afrin-Einsatz zu sehen waren unter anderem

- Kampfpanzer des Typs Leopard 2A4. 354 dieser Panzer wurden zwischen 2005 und 2008 sowie 2010/11 aus Überschussbeständen der Bundeswehr an die Türkei abgegeben. Im Gegensatz zu früheren Panzerlieferungen und zur Überraschung der türkischen Militärführung verzichtete die Bundesregierung bei der Abgabe dieser modernen Kampffahrzeuge jedoch darauf, die Lieferung an eine türkische Zusage zu binden, die Waffen ausschließlich zur Verteidigung des NATO-Gebietes einzusetzen. Ankara nutzte die Leopard-Panzer also während der völkerrechtswidrigen Intervention in

Afrin im exportrechtlichen Sinn rechtmäßig.

- Kampfpanzer des modernisierten Typs M60 Sabre. Diese Panzer wurden vor einigen Jahren modernisiert. Dabei erhielten 170 Fahrzeuge Motoren der deutschen Firma MTU und Getriebe der Augsburger Firma Renk.
- 155-mm-Panzerhaubitzen des in der Türkei produzierten Typs Firtina. Auch diese schweren Artilleriegeschütze werden von einem MTU-Motor angetrieben.
- Bergepanzer vom Typ M88. Sie wurden nach dem Ende des Kalten Krieges als Überschussbestand der Bundeswehr an die Türkei abgegeben.
- Eine Vielzahl militärischer Transportfahrzeuge aus der Produktion von Daimler-Benz, darunter u. a. schwere Zugmaschinen für Tieflader zum Panzertransport und geländegängige Unimogs in großer Zahl.
- Viele der türkischen Soldaten, die auf den Bildern der Intervention zu sehen sind, waren mit Sturmgewehren des Typs HK-33 ausgerüstet. Das Gewehr wurde von der Oberndorfer Waffenschmiede Heckler & Koch entwickelt. Seit 1998 verfügt die Türkei über eine Herstellungslizenz. Die Fertigungslinie für die passende NATO-Munition des Kalibers 5,56 mm wurde kurz darauf unter Mithilfe der deutschen Firma Fritz Werner Industrieausrüstungen in der Türkei aufgebaut und nahm 2003 die Produktion auf.

Nicht ausgeschlossen werden kann, dass weitere Rüstungsgüter deutschen Ursprungs bei dieser Intervention zum Einsatz kamen. So wäre es unter militärischen Gesichtspunkten durchaus sinnvoll gewesen, wenn die türkische Armee den Vormarsch ihrer Interventionstruppen mit dem deutsch-französischen Artillerieortungsradar Cobra unterstützt hätte, um einen Beschuss ihrer Truppen mit Mörsern rasch und effektiv unterbinden zu können. Die Türkei

Türkische Truppen besetzen den Bursayah-Hügel, der die kurdische Enklave Afrin von der türkisch kontrollierten Stadt Azaz trennt





Das in Deutschland konstruierte und gebaute Nahbereichsradar BOR-A 550, wie es die griechische Küstenwache einsetzt

hat seit 2005 zwei fast neuwertige Systeme dieses Typs aus Beständen der Bundeswehr erhalten. Bis heute hält die türkische Armee Afrin besetzt. Seit Beginn der Intervention sind nach Angaben der Vereinten Nationen und von Hilfsorganisationen mehrere Hunderttausend überwiegend kurdische Menschen aus Afrin geflohen. Sie leben heute als Binnenflüchtlinge in anderen Teilen Syriens oder im Ausland. In Afrin wurden dagegen mit türkischer Unterstützung andere Bevölkerungsgruppen angesiedelt, zum Beispiel Turkmenen und sunnitisch-arabische Syrer.

Militärgüter für Griechenland – Einsatz zur Flüchtlingsabwehr?

In deutscher (Mit-)Verantwortung wurde Griechenland mit Waffen und Rüstungsgütern ausgestattet, die sich eignen, um Fluchtwege und Grenzen zu überwachen, also genutzt werden können, um Flucht zu erschweren oder Fluchtwege zu schließen.

Schon ein erster Blick auf die Ausstattung der griechischen Marine mit Schiffen und Booten stützt diese Vermutung. Ein substanzieller Teil der schwimmenden Ausstattung der griechischen Sicherheitskräfte wurde in Deutschland gebaut, unter Verwendung aus Deutschland gelieferter Materialpakete in Griechenland endmontiert oder enthält Komponenten deutscher Hersteller.

Alle U-Boote der griechischen Marine sind deutsche Konstruktionen. Sowohl die vier Boote der Klasse 209/1200 als auch die vier neuen, außenluftunabhängig angetriebenen Boote der Klasse 214 wurden bei Thyssenkrupp Marine Systems, früher HDW, entworfen. U-Boote sind ein mächtiges Instrument zur Seeraumüberwachung und -aufklärung. Darüber hinaus verfügt die griechische Marine über vier Fregatten des Typs MEKO A200HN, die in den 1990er Jahren bei der Hamburger Werft Blohm & Voss konzipiert und teils in Hamburg, teils in Skaramangis

gebaut wurden. Die griechische Marine nutzt zudem etliche Boote, die ihr von der Bundeswehr überlassen wurden. Dazu gehören z. B. Schnellboote der Klasse 148, ein Design der Lürssen-Werft. Andere Schiffe und Boote der Marine und der Küstenwache haben deutsche Komponenten, z. B. Motoren von MAN und MTU. Zwei Beispiele: Die vielen schnellen kleinen Patrouillenboote bei der griechischen Küstenwache vom Typ Panther verfügen alle über je zwei Zwölfzylinder-Dieselmotoren von MAN. Die drei deutlich größeren Offshore-Patrouillenboote der Sa'ar-4.5-Klasse, die Griechenland in Israel erwarb, werden dagegen von je vier 16-Zylinder-MTU-Motoren des Typs 956 TB91 angetrieben.

Seine Küsten und die seiner Inseln in der Ägäis überwacht Griechenland schon seit Jahren mit einem Nahbereichsradar von Thales Deutschland. Im letzten Jahrzehnt Jahren erwarb Athen 20 Systeme des Typs BOR-A 550 und nutzt diese auch in Kombination mit weit reichenden Thales-Nachtsichtgeräten des Typs Margot. Das Nahbereichsradar BOR-A 550 kann kleinere Schiffe auf bis zu 57 Kilometer Entfernung, Panzer auf bis zu 39 Kilometer, normale Fahrzeuge auf bis zu 33 Kilometer und Fußgänger bis auf 16 Kilometer Entfernung entdecken. Es eignet sich auch, um Schlauchboote zu verfolgen. Das Gerät kann auf leichten Fahrzeugen montiert, in festen Beobachtungseinrichtungen eingebaut und auf einem Stativ aufgestellt werden und über einen Computer auch aus der Ferne bedient und mit anderen Sensoren vernetzt betrieben werden. Mit dem Radar können Ziele automatisch verfolgt werden, oder der Bediener kann die Antenne per Hand steuern, z. B. um Ziele aufzuspüren, die sich derzeit nicht bewegen oder momentan verdeckt sind.

Seit etwa zehn Jahren kann Griechenland aufgrund seiner Überschuldung und der massiven Finanzkrise die großen Flotten der Marine und der Küstenwache nicht mehr aus eigener Finanzkraft im notwendigen Umfang modernisieren. Mittlerweile greift die EU Griechenland bei der Beschaffung von neuen Booten für die Küstenwache verstärkt unter die Arme. Die finanziellen Mittel kommen sowohl aus den Fonds des EU-Grenzschutzes Frontex als auch aus EU-Programmen zum Fischereischutz oder zur Förderung der Inneren Sicherheit. Ausschreibungen im dreistelligen Millionenbereich wurden allein in den Jahren 2016–2018 veröffentlicht. Ähnlich wie bei der NATO-Verteidigungshilfe im militärischen Bereich hat das Land nun offenbar mit der EU einen dauerhaften Sponsor für seinen Grenzschutz gefunden.

Die toxische Verbindung von Migrations-

Dear White People,

in den 80er Jahren hatte ich als Teil der ausländischen Community in Deutschland den Eindruck, dass Europa durchaus ein Friedensprojekt werden könnte. Nachdem ich hüben wie drüben (Ostafrika und Deutschland) lebe und die Auswirkungen dieser Politik sehe, frage ich mich: Versteht sich Europa überhaupt als Friedensprojekt? Ist das Friedensprojekt nicht längst ad acta gelegt worden?

Aus drei Perspektiven möchte ich den Popanz – Europa als Friedensprojekt – entblättern. Ich begreife den Ansatz der EU der letzten Jahre als toxische Verbindung von Entwicklungs- und Migrationspolitik. Dies ist auch die übergeordnete Überschrift für meinen Brief. Jeden Gedanken beginne ich jeweils mit einem Blick zurück in die Geschichte und komme dann auf die Gegenwart.

1. Von der Deutungshoheit und den Narrativen

1951 wurde die Internationale Organisation für Migration (IOM) gegründet. Der einzige und somit der Hauptgrund für ihre Entstehung war der Migrationsdruck innerhalb des kriegszerstörten Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Es galt, die schier endlosen Millionen europäischer Binnenflüchtlinge, Vertriebenen und anderer menschlicher Bewegungen innerhalb der Grenzen Europas mithilfe dieser Organisation ein Stück weit zu steuern und praktische Hilfe zu gewähren. Auswanderung, Umsiedlung und gezielte Arbeitsmigration hat Europa nach dem Zweiten Weltkrieg geholfen, die großen ökonomischen Verwerfungen aufzufangen. Die Leitlinie der IOM ist und war seit ihrer Gründung, dass Migration ein ›normaler‹ Vorgang ist und zur Entwicklungsförderung beiträgt. Über Dekaden hat sich die IOM hauptsächlich um Europa und erst später um den globalen Süden und die dortigen Migrationsbewegungen gekümmert.

Heute wird die Migrationsthematik anders bewertet, wenn es um Afrikanerinnen und Afrikaner geht. Warum? Wenn es um People of Color geht, ist die EU, allen voran Deutschland, seit Jahren damit beschäftigt, das Narrativ der »Flüchtlingsfluten« zu propagieren, als handele es sich um Fluten der Elbe. Assoziationen mit Naturkatastrophen werden bewusst eingespielt. Die Sprache gehört zur inszenierten Migrationskrise. Es ist die Rede von 100 Millionen, die sich aus Afrika auf den Weg nach Europa machen.

Nur dass niemand sie bisher gesehen hat. Migration wird als Gefahr eingestuft, die bekämpft werden muss, und zwar mit allen Mitteln, auch durch direkten Eingriff in souveränen Ländern, aus denen die Migranten kommen oder die als Transitländer gelten.

Zwischenzeitlich hat sich die IOM offenbar als Projektgehilfe der EU-Abschottungspolitik gänzlich und gewollt instrumentalisieren lassen. Für mich heißt das: Europa sichert sich die Deutungshoheit über den Begriff Migration, beherrscht die Narrative der Geschichte und legt auf politischer Ebene Migrationsabwehrprojekte auf.

2. Von den Deals und den Instrumenten

Europäische Migrationsabwehr ist von langer Hand geplant und wurde vor langer Zeit vorbereitet:

- Die Spanier – als erfahrene Kolonialmacht mit Entmenschlichungspraktiken aus Mittel- und Südamerika – haben bereits 2004, als Flüchtlinge es mit Booten geschafft hatten, von Westafrika die kanarischen Inseln zu erreichen, mittels ihrer Küstenwache die senegalesischen Strände abgeriegelt.
- Seit 2017 liefert die italienische Regierung Drohnen und Radareinrichtungen an Libyen und unterstützt die sogenannte libysche Einheitsregierung durch Ausrüstungen und Ausbildung. Die deutsche Bundesregierung hat Ministerpräsident Fajis al-Sarradsch sondergeschützte Fahrzeuge im Wert von 15 Millionen Euro überlassen. Ein vormals Authoritarian State – von der EU erst zum Failed State gebombt – erhält jetzt Geld, Ausbildung und Rüstungsmaterial, um Europa vor Migranten zu schützen. Die Zustände in Libyen selbst werden sogar vom Auswärtigen Amt als KZ-ähnliche Verhältnisse beschrieben.
- Die EU kopiert diese Form der Zusammenarbeit im großen Stil und knüpft Deals mit einem Dutzend afrikanischer Staaten. Äthiopien, Mali, Niger, Nigeria und Senegal sind Länder der sogenannten »EU Partnership Framework Initiative«. Wenn diese Staaten bei Abschiebeprozessen nicht kooperieren, wird ihnen die Entwicklungshilfe entzogen, oder es drohen Konsequenzen bei den Handelsbeziehungen. Damit werden sie zu Hilfssheriffs für Europa degradiert.

Das Paket der diversen Deals umfasst u. a. Entwicklungshilfe im Austausch für einen Flüchtlingsstopp oder Rüstungslieferungen, z. B. an den Niger oder Überwachungstechnologie für den Sudan als Gegenleistung für einen Stopp der Geflüchteten. Wer beim

und Entwicklungspolitik – ein Brief

Kampf gegen irreguläre Migration Europa hilft, bekommt auch technische Unterstützung durch Polizisten oder Soldaten aus der EU, um den Grenzschutz migrationssicher zu machen. So erneut geschehen im April 2019, als Frau Merkel bei ihrer Reise nach Westafrika – gewissermaßen als Gastgeschenk – Bundeswehrausbilder »mitgebracht« hat.

Die Liste der Abkommen, Protokolle und politischen Verlautbarungen der EU und ihrer Kernstaaten zu Migration ist schier unerschöpflich. Viel Energie und Gelder sind geflossen, obwohl das meiste offensichtlich Afrika nicht zugutegekommen ist. Mit Mühe und Not hat es Westafrika nach Jahren geschafft, Freizügigkeit und Arbeitsmigration in dieser Region zu etablieren. Diese Erfolge werden durch die EU-Politik der Versicherheitlichung der Entwicklungshilfe beinahe zunichtegemacht.

Zugleich gibt es aktuell eine Vielzahl wohlklingender Konzepte und Initiativen europäischer wirtschaftlicher Investitionen in afrikanischen Ländern: das Konzept Pro Afrika, das Eckpunktepapier Wirtschaftliche Entwicklung Afrikas und den Compact with Africa. Europa hat den afrikanischen Kontinent wiederentdeckt, – recht spät im Vergleich zu China, Indien, Türkei und Brasilien. Eigentlich könnten diese vielen Initiativen der Investitionen dafür sorgen, dass Menschen in ihrer Heimat leben können. Doch die Wertschöpfung der Produktionsketten liegt nicht auf dem afrikanischen Kontinent. Sie liegt in Europa. Hinzu kommen Handelsbarrieren und versteckte Subventionen, die über Jahre gezahlt wurden, aber Afrika schaden und dem Kontinent unfaire Handelsbeziehungen aufbürden.

Den Rest erledigen die »neueren« EU-Instrumente, als da wären »Investitionsoffensive für Drittländer« (EIP) mit der Finanzierungssäule Europäische Fonds für Nachhaltige Entwicklung (EFSD). Die Wirtschaftspartnerschaften (EPA) bilden den Überbau, indem durch einseitige ökonomische Vorteilsnahme Afrika in ein Korsett zugunsten von Europa gepresst wird. Die Entwicklungshilfe ist der Versicherheitlichung (»Securitization of Aid«) zum Opfer gefallen und dient nur noch zur Migrationsabwehr und zur Gewährung einer vermeintlichen Sicherheit für Europa. Migration als ein gangbarer Weg zur Entwicklung von Menschen wird kriminalisiert und komplett in das Narrativ der EU-Staaten eingebaut.

Der Schlüssel zur Veränderung wäre das Wort Fluchtursachenbekämpfung: War und ist die Entwicklungshilfe nicht immer – mehr oder weniger – so konzipiert, Menschen ein menschenwürdiges Dasein – da, wo sie sind – zu ermöglichen?

3. Von den Rüstungsexporten und der Migrationsabwehr

Europa selbst baut sich zu einer Abwehranstalt gegen Migranten_innen aus. In der Ägäisregion wurde dies beispielhaft deutlich. Die drei Operationen Operation European Naval Forces Mediterranean (EUNAVFOR MED), der NATO-Ägäis-Einsatz und die NATO-Operation Sea Guardian haben ein gemeinsames Oberziel: Push-Backs, systematische Migrationskontrolle, Datensammlung, -auswertung und -nutzung sowie Schmugglerbekämpfung. Europa bestimmt – sogar weit von seinen Grenzen entfernt – die Sicherheitslage, überwacht mit Technologien Grenzen und Bewegungen und bereitet eine Steilvorlage für seine Rüstungsindustrie vor, um Grenzsicherungsprodukte zu entwickeln und wiederum in Afrika abzusetzen.

Jahrelang hieß es, die afrikanischen Staaten gäben zu viel für das Militär aus und verhinderten so Entwicklung. Jetzt werden sie mit diversen Rüstungsgütern und Grenztechnologien ausgestattet, wenn sie sich an der Migrationsabwehr aktiv beteiligen. Natürlich setzen diese Staaten auch die erworbenen Rüstungsgüter ein, um die innere Opposition zu gängeln. Somit schafft man sich in Europa wiederum neue Flüchtende, um prompt wieder Abwehr zu betreiben; ein zynischer Kreislauf, förderlich für die Rüstungsindustrie und rechtspopulistisches Saatgut.

Asylbewerber kommen in dieser Logik der EU-Außen- und Entwicklungspolitik nicht vor. Die Entlarvung dieser Politik gilt es zu thematisieren. Die Völker hüben wie drüben werden von einer solchen Politik nicht profitieren.

When you think about it: until black lifes matter, all lifes will not matter. – Wenn du darüber nachdenkst: Nur wenn auch das Leben von Schwarzen zählt, zählt auch anderes Leben!

Karlsruhe/Freiburg, im April 2019

Kiflemariam Gebrewold



Aufrüstung an den EU-Außengrenzen

Christopher Steinmetz

Die »Flüchtlingskrise« wird von der Europäischen Union und den europäischen Regierungen als (sicherheits-)politischer Ausnahmezustand dargestellt. Sie soll die innere Stabilität, Sicherheit und territoriale Integrität der EU und der Mitgliedstaaten bedrohen. Bundeskanzlerin Angela Merkel formulierte dies im Juni 2018 bei einem Fraktionstreffen der Europäischen Volkspartei so: »Wenn wir es nicht schaffen, eine gemeinsame Antwort auf die Fragen illegaler Migration zu finden, werden die Fundamente der Europäischen Union infrage gestellt werden (...) Ein Handeln ist hier wirklich nötig, oder die Freizügigkeit und damit auch der Binnenmarkt geraten in Gefahr.« Steuerungsmaßnahmen zur Abschreckung und Abwehr von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen rücken stärker in den Mittelpunkt der EU-Bemühungen, begleitet von einer zunehmend militärischen Rhetorik.

Die Versicherheitlichung der EU-Flüchtlingspolitik

Die Strategie der »Versicherheitlichung« hat ein weites politisch-militärisch-industrielles Experimentierfeld geschaffen. Europäische Sicherheitsbehörden proben neue Formen der Zusammenarbeit und arbeiten an der Ausweitung ihrer Befugnisse, z. B. in Bezug auf personenbezogene Datenerhebungen oder den Einsatz von Sicherheitskräften außerhalb des Staatsgebietes. Ohnehin knappe Mittel für humanitäre Hilfe und friedliche Konfliktbearbeitung werden in Ausstattungs- und Ausbildungsprogramme für Sicherheitsbehörden umgeleitet. Der Fokus liegt eindeutig auf der Suche nach (sicherheits-)technologischen

Antworten. Das hat auch die Rüstungsindustrie auf den Plan gerufen. Die Auf- und Umrüstung der Sicherheitskräfte in der EU und in Drittstaaten zwecks Flüchtlingsabwehr verspricht neue Beschaffungsaufträge und vor allem die Subventionierung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten. Für die europäische Rüstungsindustrie entsteht eine doppelte Verdienstmöglichkeit: an den Rüstungsexporten, die die Menschen zur Flucht Richtung Europa treiben, und an den entsprechenden Abwehrmaßnahmen.

Die EU macht mobil – Flüchtlingsabwehr um jeden Preis

Die »Versicherheitlichung« der EU-Flüchtlingspolitik wurde bereits im Schengener Abkommen von 1985 angelegt. Erklärtes Ziel war u. a. der Aufbau einer einheitlichen EU-Außengrenze zur Abwehr von »illegaler Migration«. Mit dem Schengener Informationssystem (SIS II) von 1990 und der Inbetriebnahme der EURODAC-Fingerabdruck-Datenbank für Asylbewerber im Jahr 2000 wurden erste Maßnahmen zur Verbesserung des europaweiten Datenaustausches zwischen den Sicherheitsbehörden unternommen. Auf ihrem Gipfel in Tampere 1999 beschloss die EU eine weitere Standardisierung und Vereinheitlichung der Grenzkontrollen. Zwei Jahre später, im Dezember 2001, und unter dem Eindruck der terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 hat der Europäische Rat auf seinem Gipfel in Laeken EU-Kommission und EU-Ministerrat mit der Prüfung beauftragt, unter welchen Umständen gemeinschaftliche Grenzkontrollen geschaffen werden können.

Als Ergebnis wurde im Oktober 2004 die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX (Agence européenne pour la gestion de la coopération opérationnelle aux frontières extérieures) mit Sitz in Warschau/Polen gegründet. Mit dem Vertrag von Lissabon 2007 wurden EU-Kommission und Europäisches Parlament explizit ermächtigt, »alle Maßnahmen, die für die schrittweise Einführung eines integrierten Grenzschutzsystems an den Außengrenzen erforderlich sind« (Art. 77, 2d TFEU), zu unternehmen.

Seitdem bedient sich die Europäische Union eines breiten Spektrums an Maßnahmen zum Auf- und Ausbau einer »Festung Europa«:

- Zentralisierung und Bündelung von europäischen Grenzschutzaufgaben bei FRONTEX
- Mobilisierung verfügbarer Streitkräfte bis hin zur Zusammenarbeit mit der NATO in Flüchtlingsabwehroperationen
- Bereitstellung von immer mehr finanziellen Mitteln zur Aufrüstung an den EU-Außengrenzen

FRONTEX – Die Spinne im EU-Grenzschutznetz

Vor allem FRONTEX, angesiedelt bei der EU-Generaldirektion Migration und Inneres (DG Migration and Home Affairs), steht wie keine zweite europäische Akteurin für die »Festung Europa«. Schon beim ersten FRONTEX-Einsatz, Operation HERA (ab Juni 2006), ging es vor allem um die Flüchtlingsabwehr. Kriegsschiffe wurden eingesetzt, um Flüchtlingsboote bereits in den Hoheitsgewässern Mauretaniens und Senegals abzufangen und zurück an die afrikanische Küste zu eskortieren.

Trotz anfänglich geringer Mittelausstattung hat sich FRONTEX dank des weit gefassten Mandats innerhalb kürzester Zeit zum Dreh- und Angelpunkt für das europäische Krisenmanagement bei der Flüchtlingsabwehr entwickelt. Einige Zahlen aus den FRONTEX-Jahresberichten verdeutlichen das Ausmaß des zweifelhaften Erfolgs:

- Die Zahl abgeschobener Geflüchteter durch Rückführungsoperationen stieg zwischen 2008 und 2017 von 800 auf 14.200.
- Die Zahl abgefangener und umgeleiteter Geflüchteter auf See stieg zwischen 2010 und 2017 von 6.890 auf 170.000. Im Jahr 2016 waren es sogar 370.000 Menschen.

FRONTEX – seit 2016 offiziell umbenannt in »European Border and Coast Guard Agency« (EBCG) – hat die Fluchtbewegungen Richtung Europa als Argument für den weiteren Ressourcen- und Aufgabenzuwachs genutzt: Zwischen 2006 und 2017 erhöhte sich das Budget von 19,2 auf 280,5 Millionen Euro, das Personal wuchs von 45 auf 541 Personen an. Ende März 2019 beschloss die EU-Kommission die Aufstockung des laufenden Budgets auf insgesamt 1,3 Milliarden Euro 2019/2020. Im darauf folgenden Planungszeitraum (2021–2027) sollen im EU-Finanzrahmenplan insgesamt 11,3 Milliarden Euro für FRONTEX bereitgestellt werden, und die Personalstärke soll auf 1.500 Personen erhöht werden. Außerdem ist geplant, den Personalpool für Interventionseinsätze an den Außengrenzen (inkl. Drittstaaten) – sogenannte Rapid Border Intervention Teams (RABIT) – aufzustocken. Als Teil der »Reliable Intervention Force« sollen 7.000 Grenzbeamte für kurzfristige Einsätze und 1.500 Grenzbeamte für längerfristige Maßnahmen mobilisiert werden können.

September 2015: Von den Inseln aufs griechische Festland.
Noch ist der Weg über die Balkanroute offen.



Übergeordnetes Ziel von FRONTEX ist jedoch die Schaffung eines integrierten Grenzmanagementsystems in der EU. Dieses Ziel soll vor allem durch technologische Aufrüstung und Standardisierung, durch Vereinheitlichung von Entscheidungsprozessen, durch Vernetzung der europäischen Sicherheitsbehörden und durch Ausbau eigener, autonomer Handlungskapazitäten erreicht werden. Damit ist FRONTEX zum Motor der stetigen Aufrüstung an den EU-Außengrenzen geworden. Die EU-Agentur prüft jährlich die »Anfälligkeit« der Mitgliedstaaten für Grenzprobleme und deren Abwehrkapazitäten und kann dann entsprechende Korrekturmaßnahmen verlangen. Außerdem kann sie eigene Aufrüstungsprogramme initiieren. Eines der wichtigsten und bislang teuersten Vorhaben dieser Art ist das Küsten- und Meeresüberwachungssystem EUROSUR. Vorrangiges Ziel des Systems ist das Identifizieren und Abfangen von Flüchtlingsbooten, bevor diese die Hoheitsgewässer der EU-Staaten erreichen. Nach sieben Jahren Vorbereitung ist es seit 2013 einsatzbereit. Die Gesamtkosten für Aufbau und Betrieb bis 2020 werden auf 340 Millionen Euro geschätzt.

Innerhalb der EU konnte sich FRONTEX in kürzester Zeit auch als Informationsschnittstelle etablieren: Das EUROSUR-Programm war der Türöffner, um Vereinbarungen über den Zugang zu Informationen von anderen EU-Agenturen zu treffen. Über EUROPOL (European Police Office) und EUROJUST (EU-Agentur Einheit für justizielle Zusammenarbeit der Europäischen Union) erhält FRONTEX Informationen über illegale Einreiseversuche und Menschen-smuggel. Durch die Europäische Fischereibehörde (ECFA) und die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) erhält FRONTEX Zugriff auf die Daten der maritimen Satellitenprogramme (z. B. »Copernicus«). Auch Vereinbarungen mit der NATO haben FRONTEX erheblichen Einfluss auf EU-Entscheidungsprozesse verliehen, v. a. der Austausch

von Echtzeit-Lageinformationen sowie die Bereitstellung von Verbindungsoffizieren bei vielen zivilen EU-Auslandseinsätzen und bei der EU-Marineoperation SOPHIA durch die NATO.

Inzwischen kann FRONTEX weitestgehend auch autonom ein beträchtliches Arsenal für Grenzschutzeinsätze mobilisieren. Mit jedem Mitgliedstaat wird verbindlich dessen Beitrag zum Ausstattungspool der EU-Agentur geregelt. Dieser Pool umfasst Flugzeuge, Drohnen, Hubschrauber, Schiffe, Patrouillenfahrzeuge und weitere Ausstattung für Grenzschutzbeamte, wie z. B. Nachtsichtgeräte. Außerdem ist FRONTEX ermächtigt, selbst Ausrüstung zu beschaffen. Zusammen mit der EMSA wurde z. B. 2016 ein Leasingvertrag mit dem israelischen Rüstungskonzern Elbit für die Aufklärungsdrohne HERMES 900 vereinbart. Diese können nun von FRONTEX den EU-Staaten für Aufgaben der Küstenüberwachung zur Verfügung gestellt werden. Für 2019/2020 wurde der Beschaffungsetat auf 322 Millionen Euro angehoben. Auch im nächsten EU-Finanzrahmenplan 2021–2027 sollen insgesamt weitere zwei Milliarden Euro für die Beschaffung von Schiffen, Flugzeugen, Drohnen, anderen Fahrzeugen sowie Ausstattung bereitgestellt werden.

Mit Kriegsschiffen gegen Flüchtlingsboote

Das Bestreben der EU-Staaten ist es, möglichst wenige Flüchtlinge an den Küsten der EU-Staaten ankommen zu lassen. Sie sollen in internationalen Gewässern oder idealerweise bereits vor den Küsten der anderen Anrainerstaaten abgefangen werden. Dieses Anliegen führte unweigerlich zur Militarisierung. Den meisten regulären Booten und Schiffen der Küstenwachen fehlt es sowohl an der notwendigen Reichweite und Stehzeit auf See für solche Einsätze als auch an der leistungsfähigeren Ausstattung der Kriegsschiffe im Bereich der Aufklärung und Überwachung.

Griechische Polizisten bewachen einen Eingang im Flüchtlingslager in Idomeni nahe der mazedonischen Grenze





Bewaffnetes FRONTEX-Schiff während der Operation Hera im Jahr 2016

Am 18. Mai 2015 beschloss die EU erstmals einen Militäreinsatz, um Fluchtbewegungen über das Mittelmeer zu verhindern. Der Einsatz EUNAVFOR MED begann im Juni 2015 und wurde im Oktober 2015 in »Operation SOPHIA« umbenannt. Das Mandat erstreckt sich auf das Entern, die Beschlagnahmung und die Zerstörung von Booten, die für den illegalen Menschenhandel genutzt werden. Verdächtige Boote dürfen bereits in den libyschen Küstengewässern aufgebracht werden. Seit September 2016 umfasst das Mandat außerdem die Ausbildung und den Aufbau der libyschen Küstenwache und Marine. Die Rettung von Geflüchteten aus Seenot gehört dagegen nicht zum Auftrag. Die Bergung der etwa 50.000 Menschen im Operationszeitraum erfolgte ausschließlich auf Grundlage der völkerrechtlichen Pflichten des Internationalen Seerechts. Auch die Bundeswehr hat sich seit Beginn an diesem Einsatz beteiligt: Bis März 2019 waren insgesamt zumindest zeitweise acht Fregatten und drei Unterstützungsschiffe der Bundesmarine Teil des Militäreinsatzes. Nach Angaben der Bundesregierung wurde sogar die Bundeswehrspezialeinheit für verdeckte bewaffnete Einsätze, das Kommando Spezialkräfte der Marine, zeitweise aktiviert. Im März 2019 hat die EU das Mandat für die Operation verlängert, diese aber gleichzeitig für sechs Monate ausgesetzt.

Parallel zum EU-Militäreinsatz ergriffen u. a. Deutschland, Griechenland und die Türkei die Initiative, auch die militärischen Kapazitäten der NATO für die Seeraumüberwachung in der Ägäis einzubinden. Im Februar 2016 begann die NATO Standing Maritime Group 2 (SNMG 2), mit sieben Kriegsschiffen unter deutschem Kommando die Flüchtlingsrouten zwischen Griechenland und der Türkei zu patrouillieren. Im Juli 2016 entschied der NATO-Rat, die seit 2001 im Mittelmeer laufende Operation ACTIVE ENDEAVOUR offiziell durch die Operation SEA GUARDIAN abzulösen. Der Auftrag des Militäreinsatzes blieben

vage: Seeraumüberwachung, Terrorismusabwehr, Krisenfrüherkennung und Ausbildungsunterstützung. Die Rettung von in Seenot geratenen Flüchtlingen war jedoch auch hier nicht Bestandteil. Die NATO-Schiffe überwachen mit ihrer modernen Aufklärungssensorik die Ägäis und stellen den Küstenschutzbehörden und FRONTEX ihre Lageinformationen zur Verfügung. Auch Operation SOPHIA wird unterstützt, insbesondere wenn es der Bekämpfung des Menschenhandels vor der libyschen Küste dient. 2016 kamen so mehr als 10.000 Stunden Patrouillen durch acht NATO-Schiffe zusammen. Im März 2019 hielten sich elf Kriegsschiffe im Rahmen von SEA GUARDIAN in der Ägäis auf, darunter auch der deutsche Einsatzgruppenversorger BONN.

Europäische Ertüchtigung von Drittstaaten

Ein dritter Bestandteil der EU-Strategie zur Sicherung der EU-Außengrenzen ist die Vorverlagerung von Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr in Drittstaaten, mal mit FRONTEX, mal im Rahmen von Missionen des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD). In den Anrainerstaaten des südlichen und östlichen Mittelmeerraumes bedeutet dies häufig und ganz klassisch auch mehr Waffen und mehr Hightech für eine bessere Grenzsicherung. Die Menschenrechtsbilanz in diesen Staaten und das Risiko, dass die gelieferten Waffen und Rüstungstechnologien sowohl in Grenzkriegen als auch gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden, spielen eine untergeordnete Rolle.

Bereits seit 2005 war bei EU-Grenzunterstützungsmissionen (EUBAM) neben der Ausbildung auch die Finanzierung von Käufen von Sicherheits-, Überwachungs- und Rüstungstechnologie Teil des Mandats. Seit 2011 werden durch den EAD die Bemühungen um eine Verbesserung der Grenzschutzkapazitäten in Drittstaaten intensiviert. Laufende EAD-Missionen im Sicherheitssektor wurden um



Flüchtlingslager nahe Moria auf der Insel Lesbos

Grenzschutzkomponenten zur Unterbindung »illegaler Migration« ergänzt, wie z. B. bei EUCAP Niger (2012) und EUCAP Mali (2014).

Über FRONTEX wird die (rüstungstechnologische) Zusammenarbeit mit problematischen Drittstaaten gefördert. Bis 2016 konnte FRONTEX sogar unabhängig von EU-Kommission und EU-Ministerrat mit Staaten an den EU-Außengrenzen Arbeitsabkommen über die Zusammenarbeit bei der Grenzsicherung vereinbaren. Solche Abkommen bedeuten immer auch eine Legitimierung der kooperierenden Sicherheitsorgane in diesen Staaten. Bis heute hat FRONTEX 18 Arbeitsabkommen abgeschlossen, darunter mit einer Reihe von Staaten, die der Menschenrechtsverletzung angeklagt werden oder sogar aktiv interne Konflikte und/oder bewaffnete Grenzkonflikte austragen, wie z. B. mit Belarus, Nigeria, Russland, der Türkei und Ukraine.

Erst mit der Neustrukturierung von FRONTEX im Jahr 2016 wurden eine Zustimmungspflicht der EU-Kommission und die Beachtung der EU-Grundrechtecharta als Vorbedingungen für solche Abkommen eingeführt. Allerdings wurden zugleich auch die Befugnisse der Agentur drastisch ausgeweitet: Sofern ein Statusabkommen mit Drittstaaten existiert, darf FRONTEX-Personal nicht mehr nur in Anrainerstaaten, sondern weltweit eingesetzt werden. Dort hat es auch exekutive Befugnisse wahrnehmen. Zudem kann FRONTEX in den Drittstaaten technische Unterstützungsleistungen (inkl. Transfers von Rüstungs- und Sicherheitstechnologie) finanzieren und koordinieren.

EU-Gelder für den Ausbau der »Festung Europa«

Seit Anfang der 2000er Jahre wächst das Budget für Abschottung an den EU-Außengrenzen kontinuierlich. Flüchtlinge wurden und werden als Argument benutzt, um neue Programme für Grenzschutzmaßnahmen in EU-Mitgliedstaaten und zunehmend auch für Drittstaaten aufzulegen. Aus den Finanzierungstöpfen für die EU-Beitrittskandidaten (PHARE, IPA 1, IPA 2) wurden nicht nur Polizeireformen finanziert, sondern auch für Hunderte von Millionen Euro Technologietransfers und Rüstungskäufe zur Verbesserung des Grenzschutzes an den EU-Außengrenzen bezahlt. Andere EU-Töpfe zur Unterstützung von Drittstaaten im Bereich »Migration und Asyl«, wie das AENAS-Programm (2004–2006) finanzierten u. a. die Ausbildung und Ausstattung für afrikanische Grenzschutzbehörden.

Mit dem SOLID-Programm (2007–2013) zur Finanzierung von »migrationsbezogenen Maßnahmen« wurde die Grenzsicherung dann zu einem eigenständigen Schwerpunkt aufgewertet. Das SOLID-Instrument »European Border Fund« (EBF) für den Aufbau eines »Integrierten Systems für Grenzmanagement« sowie für nationale Grenzüberwachungsprogramme war mit mehr als 1,3 Milliarden Euro ausgestattet. Unter anderem wurden mindestens 6.000 Autos, Flugzeuge, Hubschrauber und Schiffe gekauft und fast 300 Grenzkontrollposten und 600 Überwachungssysteme in den EU-Staaten finanziert.

Das Nachfolgeprogramm »Internal Security Fund – Border & Visa« (ISF-BV) für den Zeitraum 2014–2020 war zunächst mit 2,8 Milliarden Euro ausgestattet – mehr als doppelt so viel wie der EBF. Durch Umschichtungen aus anderen EU-Budgets wurde der ISF-BV inzwischen sogar um weitere 570 Millionen Euro auf etwa 3,4 Milliarden Euro aufgestockt. Bereits jetzt ist abzusehen, dass das EU-Budget für Grenzschutzmaßnahmen weiter steigen wird. Im Mai 2018 hat die EU-Kommission den Vorschlag für das nächste EU-Finanzrahmenprogramm (2021–2027) angenommen. Der ISF soll durch einen neuen Integrated Border Management Fund in Höhe von 9,3 Milliarden Euro abgelöst werden – also einmal deutlich mehr als doppelt so viel.

Griechenland und Türkei: Aufrüstung auf beiden Seiten der Grenze

Insbesondere für Griechenland und die Türkei stellt die EU seit mehr als 10 Jahren beträchtliche Ressourcen bereit, um die Land- und Seegrenze zwischen beiden Staaten für Flüchtlinge undurchlässig zu machen.

2006 initiierte FRONTEX in der Ägäis erstmalig die Operation POSEIDON, die bis 2010 immer wieder aktiviert wurde. Als Reaktion auf den kontinuierlichen Anstieg der Flüchtlingszahlen entschied sich die EU-Agentur dann 2010, POSEIDON in einen perma-

nenten Einsatz umzustrukturieren und das Einsatzgebiet auf Kreta und die Adria auszuweiten. Parallel wurden erstmals auch RABIT-Soforteinsatzteams auf griechischem Boden eingesetzt. 2015 erfolgte die Umbenennung der maritimen Operation in »POSEIDON Rapid Intervention«. Inzwischen haben sich alle EU-Mitgliedsstaaten zumindest zeitweise daran beteiligt. Nach EU-Angaben haben die EU-Staaten im Jahr 2016 mehr als 660 Grenzbeamte, 19 (Kriegs-)Schiffe, ein Flugzeug und zwei Hubschrauber für die Mission abgestellt.

Zusätzlich wurden Griechenland erhebliche EU-Mittel für den Ausbau des Grenzschutzes bereitgestellt. Zwischen 2007–2013 erhielt das Land aus dem EBF und Nothilfefonds mindestens 247 Millionen Euro. Geplant wurde die Beschaffung von sechs Küstenpatrouillenbooten, einem hochseetauglichen Patrouillenboot, zwei Hubschraubern, etwa 250 Geländewagen und 65 tragbare Wärmebildgeräten. Auch für den Ausbau der Grenzbefestigungen auf 35 Kilometer Länge entlang der griechisch-türkischen Grenze am Fluß Evros hat die EU ab 2010 Gelder bereitgestellt, u. a. für neue Hubschrauber. Zudem wurden die griechischen Grenzkontrollstationen an das EUROSUR-Überwachungssystem angeschlossen.

Im aktuellen Internal Security Fund (2014–2020) sind für Griechenland etwa 245 Millionen Euro für Grenzschutzmaßnahmen eingeplant. Zudem wurden bis



Moria-Zaun: Im Hotspot Moria werden ankommende Geflüchtete bis zu 28 Tagen festgehalten

2019 weitere 56 Millionen Euro als Nothilfe bereitgestellt. Neben 10 Festrumpfschlauchbooten standen zwei bis vier hochseetaugliche Patrouillenboote, ausgestattet mit moderner Radar- und elektrooptischer Aufklärungstechnik, und ein Unterstützungsschiff für insgesamt ca. 100 Millionen Euro auf der griechischen Wunschliste. Eine kroatische Werft erhielt 2014 den Auftrag für den Bau von 6 Patrouillenbooten. Außerdem soll das National Integrated Maritime Surveillance System (NIMSS) für 60–70 Millionen Euro ausgebaut werden und bis 2021 die gesamte Ägäis abdecken. Dafür sollen neben Wärmebildgeräten, Überwachungskameras und Satellitenaufklärungssystemen auch Drohnen beschafft werden. Im März 2019 wurde zudem bekannt, dass aus den Mitteln des EU-Meeres- und Fischereifonds (EMFF) der Kauf von 13 Schnellbooten für die Küstenwache für etwa 33 Millionen Euro finanziert werden soll. Desweiteren ist eine Option auf fünf weitere Boote für ca. 13 Millionen Euro geplant.

Auch auf der anderen Seite der Grenze, in der Türkei, werden mit EU-Mitteln die Sicherheitsbehörden aufgerüstet. Bislang wurden hier im Rahmen der EU-Beitritts Hilfen (IPA 1, IPA 2) mehr als 200 Millionen Euro für die Beschaffung von Rüstungsgütern bereitgestellt. An der Beschaffung von 82 gepanzerten militärischen Aufklärungsfahrzeugen des Typs COBRA II (Wert: 47,5 Millionen Euro) ist die EU mit 75 Prozent beteiligt. Für die Beschaffung weiterer 50 Patrouillenfahrzeuge, Medienberichten zufolge handelt es sich um Militärfahrzeuge des Typs HIZIR, bewilligte die EU 29,6 Millionen Euro. Auch der Ausbau der Grenzanlagen zu Syrien wurde zwischen 2010–2013 mit etwa 140 Millionen Euro unterstützt. Im Bereich

des Küstenschutzes hat die EU in den letzten zwei Jahren zwei größere Vorhaben unterstützt: Sie kofinanziert sich mit 26 Millionen Euro an der ersten Phase des Aufbaus eines türkischen Küstenradarsystems in der Ägäis (etwa 25 Prozent der Gesamtkosten), und aus dem Topf des eigentlich für ziviles Krisenmanagement und Kapazitätsaufbau vorgesehenen »Instrument contributing to Stability and Peace« (IcSP) hat die Türkei 2016 20 Millionen Euro für den Kauf von sechs Patrouillenbooten erhalten.

Hauptprofiteur der EU-Hilfen sind die türkischen Streitkräfte. Im Vergleich zu den etwa 20 anderen türkischen Behörden, die im Grenzschutzbereich tätig sind, spielen sie die größte Rolle. Etwa 40.000 Soldaten sind im Grenzschutz aktiv, die Hälfte davon wird an der syrischen Grenze eingesetzt. Auch die Küstenwache mit 5.000 Sicherheitskräften untersteht dem Verteidigungsministerium. Bei der Mittelvergabe der EU wird die Rolle der türkischen Armee als aktive Konfliktpartei im syrischen Bürgerkrieg sowie ihr militärisches Vorgehen gegen die kurdischen Autonomiebewegungen kategorisch ausgeblendet, obwohl das Vorgehen der Streitkräfte für weitere Flüchtlinge sorgt.

Viele Flüchtlinge = viele Aufträge für die deutsche Rüstungsindustrie?

Die Europäisierung des Grenzmanagements und der Flüchtlingsabwehr und insbesondere die Bereitschaft zur gemeinschaftlichen Finanzierung von Beschaffungsvorhaben hat das Interesse der (deutschen) Rüstungsunternehmen geweckt. Sie hoffen, bereits eingeführte militärische Systeme und Geräte (z. B.

Produktionsstätte des Schützenpanzers Puma der Firma Rheinmetall in Unterlüß, Niedersachsen



Auswahl weiterer deutscher Unternehmen im Bereich Grenzschutz

ConVi GmbH	Vor allem Integration maritimer Überwachungssysteme
DERMALOG Identification Systems GmbH	Hersteller von biometrischen Anwendungen (Fingerabdruckscanner)
ELT Elettronica GmbH	Tochterunternehmen des italienischen Rüstungskonzerns Elettronica Spa. Innerhalb des Konzerns Kernzelle für »Homeland Security«. Anbieter von mobilen Aufklärungs- und Beobachtungssystemen.
Fassmer-Werft	Patrouillenboote, derzeit vor allem für lateinamerikanische Küstenwachen
InfraTec GmbH	Anbieter von Infrarotsensorik. Zwischen 2005–2009 wurden via EUBAM Moldau-Ukraine Infrarotkameras an die Ukraine geliefert.
in-innovative navigation GmbH	Radar- und Signalverarbeitungstechnik. Zusammen mit THALES Group und Pomorski Centar Elektroniku wurde vor Kroatien ein Seeraumüberwachungssystem aufgebaut.
Jenoptik GmbH	Beobachtungs- und Aufklärungsgeräte, z. B. Wärmebild- und Nachtsichtkameras
Lürssen Werft GmbH	Patrouillenboote, u. a. für Bulgarien und Saudi-Arabien
Mira Technologies GmbH	Anbieter für komplette Aufklärungs- & Überwachungssysteme für die Grenzsicherung zu Land und See
SAAB MEDAV Technologies GmbH	Tochterunternehmen des schwedischen Rüstungskonzerns SAAB. Anbieter für komplette Aufklärungs- & Überwachungssysteme für Seeraumüberwachung. Zwischen 2013–2016 am Aufbau des brasilianischen Grenzschutzprogramms Sisfron beteiligt.
Veridos GmbH	Joint Venture von Giesecke & Devrient und der Bundesdruckerei GmbH. Biometrische Anwendungen (Personalausweise und Identifikationssysteme). Das Unternehmen erhielt 2016 den Auftrag für den Aufbau eines Grenzkontrollsystems für Marokko.

Radarsysteme, aber auch gepanzerte Fahrzeuge), eventuell leicht angepasst, für Polizei und Grenzschutzbehörden anbieten zu können. Zudem sehen sie die Chance, Exporte in Drittstaaten unter Verweis auf Grenzschutzbehörden als Endempfänger und die Bekämpfung »illegaler Migration« leichter genehmigt zu bekommen.

Bereits nach den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 rückte der »Homeland Security«-Markt ins Visier deutscher Unternehmen. Allerdings

ist der polizeilich geprägte Behördenmarkt bis heute kleinteilig und national oder föderal strukturiert geblieben: Auftragsvolumina und Stückzahlen sind in der Regel erheblich geringer als im Verteidigungssektor. Dies könnte sich allerdings ändern, insbesondere wenn tatsächlich der Beschaffungsetat von FRONTEX für 2021–2027 wie geplant auf zwei Milliarden Euro aufgestockt wird. Die EU-Agentur könnte dann größere Stückzahlen in Auftrag geben, und die Unternehmen müssten sich nur bei einer Behörde um Ausschreibungen bewerben.

Aber auch schon jetzt profitieren deutsche Rüstungsunternehmen von der Aufrüstung an den EU-Außengrenzen. Insbesondere in Nordafrika wurden mit einigen Staaten lukrative Rüstungsgeschäfte abgeschlossen, die z. T. auch dem Grenzschutz dienen oder zumindest damit gerechtfertigt werden. In einigen Fällen half die Bundesregierung: Mit Tunesien hat sie z. B. im Sommer 2016 ein bilaterales Sicherheitsabkommen abgeschlossen, das den Weg für bessere (rüstungs-)technische Unterstützung und Ausbildung ebnet. Dieses Abkommen bezog sich u. a. explizit auf die Bekämpfung der illegalen Migration. In den Folgejahren finanzierte Deutschland dann die Lieferung von Aufklärungs- und Überwachungsgeräten, wie z. B. Radare und Nachtsichtgeräte des deutschen Rüstungsunternehmens Hensoldt im Wert von 7 Millionen Euro. Außerdem wurden 18 Millionen Euro für den Aufbau eines elektronischen Grenzüberwachungssystems an der tunesisch-libyschen Grenze bereitgestellt.

Noch besser lief es in Algerien. Die deutschen Rüstungsunternehmen konnten dort umfangreiche Aufträge gewinnen, viele davon mit Bezug zum Grenzschutz. ThyssenKrupp Marine Systems hat 2012 den Auftrag für zwei Fregatten der Klasse MEKO A-200AN und deren Bewaffnung erhalten (ca. zwei Milliarden Euro). Rheinmetall Defence liefert seit 2014 Materialpakete des Transportpanzers Fuchs nach Algerien, die dort in dem Joint Venture Rheinmetall Algerie Spa endmontiert werden (geschätztes Auftragsvolumen: 2,7 Milliarden Euro). Diese sollen vor allem zum Grenzschutz eingesetzt werden. In Kooperation mit algerischen Armeefirmen produzieren die deutschen Motorenhersteller Daimler AG, Deutz AG und MTU Friedrichshafen GmbH Motoren für viele Militär-

fahrzeuge. Die von Sicherheitsbehörden auch im Grenzschutz eingesetzten Transportfahrzeuge der Typen Actros und Zetros sowie die Mercedes Geländewagen der G-Klasse der Daimler AG werden in einem Joint Venture mit der algerischen Staatsfirma SVNI endmontiert. In Erwartung von Aufträgen im Bereich Grenzüberwachung hatten 2012 drei deutsche Rüstungsunternehmen (Cassidian und Carl Zeiss Optronics – heute beide Teil von Hensoldt – und Rohde & Schwarz GmbH) mit der algerischen Armee das Joint Venture Scafse gegründet. Nach deutschen Bauplänen sollte die lokale Produktion von Radaranlagen, Infrarotkameras und Kommunikationsgeräten u. a. auch für den Grenzschutz ermöglicht werden. Insgesamt hat die Bundesregierung zwischen 2011–2017 Rüstungsexporte im Wert von fast 4,7 Milliarden Euro für Algerien genehmigt – fast die Hälfte des Wertes aller Genehmigungen aus EU-Staaten in Höhe von fast 10 Milliarden Euro.

Die deutsche Nummer 1 im Grenzschutzgeschäft

Der deutsch-französisch-spanische Rüstungsriese Airbus SE galt bis zum Verkauf der Saparte Airbus Defense & Security (Airbus DS) an die US-Investmentgesellschaft KKR im Jahr 2018 als Big Player im Grenzschutzmarkt. Parallel zum Anstieg der Fluchtbewegungen nach Europa kündigte Bernhard Grewert, Vorstandsvorsitzender der damaligen EADS-Tochter Cassidian im Dezember 2012 eine Reorganisation der Geschäftstätigkeiten an: »Wir werden unser Verteidigungsgeschäft stabilisieren und verstärkt in ausgewählte Sicherheitssegmente wie Grenzschutz- und Kommunikationssysteme investieren.«

Ein Radpanzer des Typs Fuchs 2, wie er auch von dem Unternehmen Rheinmetall Defence nach Algerien geliefert wurde





Patrouillenboote für Saudi-Arabien in der zur Lürssen-Werftengruppe gehörenden Peene-Werft

Aufgrund der Bandbreite an verfügbaren Inhouse-Kapazitäten und der Protegierung durch die französische und deutsche Regierung konnte der Rüstungskonzern einige Großaufträge zum Aufbau nationaler Grenzüberwachungssysteme gewinnen. Das erste Großvorhaben war der Aufbau des Integrated System for Border Security (ISBS) für Rumänien zwischen 2004–2011 mit einem geschätzten Gesamtvolumen von 600–650 Millionen Euro. Der deutsche Rüstungskonzern übernahm die Koordination des Vorhabens und lieferte darüber hinaus das TETRA-System für die Kommunikation zwischen verschiedenen Sicherheitsorganen sowie ein radargestütztes Küstenüberwachungssystem. Einige Teile des Vorhabens wurden aus dem PHARE-Programm und der Schengen Facility II der EU finanziert. Daneben waren die einzelnen Konzernsparten und Tochterunternehmen an weiteren Grenzschutzprogrammen beteiligt. Die 2011 durch die Zusammenlegung der Sofrelog S.A.S. und Atlas Maritime Security GmbH gegründete Signalis GmbH war sowohl für die spanische Guardia Civil auf den Kanarischen und Balearischen Inseln als auch für Bulgarien am Aufbau von Küstenüberwachungssystemen beteiligt.

Zwei weitere Großprojekte außerhalb Europas waren das National Security Shield (2007–2016) inklusive Küstenschutz für Katar mit einem unbekanntem

Auftragswert und das saudische Northern Border Security Project (2008–2014) an der Grenze zum Irak für 1,8 Milliarden Euro, das derzeit auf die gesamte Grenze ausgeweitet wird. Die erfolgreiche Abwicklung dieses Geschäfts war der Bundesregierung so wichtig, dass sie zeitweise 110 Bundespolizisten zur Ausbildung der saudischen Sicherheitskräfte entsandte und auch die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in die Abwicklung eingebunden wurde.

Auch die früheren Airbus-Tochterunternehmen Zeiss Optronics GmbH und Hensoldt Systemtechnik GmbH konnten immer wieder Aufträge gewinnen, u. a. für Nachtsichtgeräte und Radarsysteme. Einer der Verkaufsschlager im Grenzschutzbereich ist das für das Militär entwickelte Radargerät SPEXER 2000. Das Gerät kann gleichzeitig Ziele suchen und verfolgen, wofür sonst bei konventionellen Radaranlagen mehrere Geräte notwendig sind. Fußgänger erkennt das System auf fast 20 Kilometer Entfernung. Nach Unternehmensangaben konnten bislang mindestens 150 Systeme verkauft werden. 2017 wurde bekannt, dass 50 Radargeräte mit einem Gesamtwert von 40 Millionen Euro an ein Land im Nahen Osten verkauft wurden – den Empfänger wollte das Unternehmen nicht nennen. Daneben gibt es noch die militärischen Radare der TRS-Familie, die oft auf Schiffen von Küstenwachen eingebaut wurden, wie z. B. auf der

National Security Cutter Reihe der US Coast Guard oder in Finnland, Norwegen, Spanien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Andere militärische Produkte, die nun auch für den Grenzschutz angeboten werden, sind z. B. die »Beobachtungs- und Aufklärungsausstattung – Next Generation« (BAANG) oder die Nachtsichtgeräte Night Owl.

Vielfältige Chancen für deutsche Rüstungsunternehmen

Bei der Modernisierung und Aufrüstung im Grenzschutzbereich stehen drei Technologiebereiche im Mittelpunkt, die für die (deutschen) Rüstungsunternehmen attraktive Schnittfelder zum militärischen Kerngeschäft darstellen:

1) Einführung moderner, sicherer und standardisierter Kommunikationstechnologien

Größere deutsche Rüstungsunternehmen wie EADS/Airbus SE, aber auch kleinere Rüstungsfirmen wie Rohde & Schwarz GmbH sind hier gut aufgestellt. Sie haben bereits für nationale Sicherheitskräfte digitale Kommunikationsnetzwerke aufgebaut und erfüllen damit auch die für die Interoperabilität zwischen Polizeien und Streitkräften wichtigen militärischen Sicherheitsstandards. Ein Beispiel hierfür ist die TETRA-Technologie, die den Aufbau eines abgeschirmten digitalen Mobilfunknetzes erlaubt und vor allem von Sicherheitsbehörden (Streitkräfte, Polizei, Grenzschutz) genutzt wird (BOS-Funk). EADS GmbH hat seit den 1990er Jahren das eigene modifizierte TETRAPOL-System an etwa 65 Staaten geliefert – darunter auch viele Grenzschutzbehörden. Rohde & Schwarz hat wiederholt Aufträge für die Anpassung und Kompatibilität militärischer Kommunikationsstandards an die anderer (Sicherheits-) Behörden erhalten, u. a. für militärische Drohnen im zivilen Luftraum.

2) Entwicklung und Aufbau weitreichender Aufklärungs- und Überwachungssysteme

Um Grenzschutzorgane personalsparend und geografisch flexibel dort einzusetzen, wo sie für die Flüchtlingsabwehr gebraucht werden, sind detaillierte Aufklärungs- und Überwachungskapazitäten notwendig. Zum einen öffnet sich dadurch ein neuer Abnehmerkreis für bereits eingeführte militärische Überwachungssysteme, zum anderen können über EU-Forschungsprogramme Zuschüsse für die Entwicklung der nächsten Generation dieser Systeme eingeworben werden. Einer der Profiteure ist die THALES Deutschland GmbH. Nach Konzernangaben ist das Unternehmen Marktführer im Segment der

Boden- und Küstenradare. Bisher wurden mehrere Hundert Radare der Serie BOR-A an weltweit 20 Sicherheitsbehörden verkauft. Es kann als mobiles Gerät auf Landfahrzeugen und Schiffen eingesetzt werden, aber auch stationär als Bodenüberwachungsradar. Mit diesen Radaren können Fußgänger auf 16 Kilometer Entfernung geortet werden. Weitere THALES-Modelle, die sich auch für Grenzüberwachung eignen, sind JAGUAR (Ortung von Fußgängern bis 24 Kilometern) und das tragbare LYNX Lightweight GSR (Ortung von Fußgängern bis sieben Kilometern). Aber es geht nicht nur um Radare. Eine Reihe deutscher Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall Defence oder Zeiss Optronics GmbH (heute Teil von Hensoldt) bieten mobile Aufklärungs- und Beobachtungsfahrzeuge an oder produzieren tragbare Aufklärungsgeräte.

3) Automatisierung (inkl. Drohnen)

In diesem Schnittstellenbereich geht es um die Automatisierung der Aufklärungs- und Überwachungstechnik, um unwegsame Grenzgebiete erreichen zu können und dabei eine ständige Einsatzfähigkeit (24/7) zu gewährleisten. Dieser Bereich ist für die Rüstungsindustrie mit Abstand der interessanteste Forschungs- und Entwicklungsbereich. Denn auch und vor allem im militärischen Kerngeschäft spielen die Automatisierung und Miniaturisierung von Waffensystemen eine immer wichtigere Rolle. Daher sind die Rüstungskonzerne sehr daran interessiert, in diesem Technologiesegment den Rückstand zu den führenden Drohnenherstellern in den USA und Israel aufzuholen und nicht mehr länger als Juniorpartner agieren zu müssen.

Aufklärungsdrohne der EADS-Tochtergesellschaft CASSIDIAN aus dem bayerischen Unterschleißheim nahe München



Im Segment der kleineren Drohnen mit begrenzter Reichweite und Traglast haben einige deutsche Unternehmen bereits für Grenzsichtaufgaben taugliche Modelle entwickelt. Die Drohne MD4-1000 der microdrones GmbH konnte an die chinesische Polizei verkauft werden. Die militärische Aufklärungsdrohne LUNA wurde in größerer Stückzahl von der EMT GmbH in Penzberg an die saudischen Streitkräfte zur Wahrnehmung von Grenzsichtaufgaben exportiert (und seitdem auch im Krieg im Jemen eingesetzt). Die Stemme AG bietet in einem Joint Venture mit der französischen Firma Sagem die für Einsätze im Inneren konzipierte Drohne Patroller-S an. Außerdem wurden auch unbemannte Flugzeuge des Typs Q01 für Überwachungsaufgaben an Katar exportiert. Der schweizerisch-schwedische Drohnenhersteller UMS Skeldar hat 2018 die deutsche Hirthmotoren GmbH übernommen und stattet seine Drohnen mit mittlerer Reichweite mit deren Motoren aus.

Inbesondere für den Technologiebereich »Automatisierung« spielen die EU-Forschungsrahmenprogramme (FRP) eine wichtige Rolle. Im 7. FRP (2007–2013) wurden etwa 1,4 Milliarden Euro für sicherheitsrelevante F&E-Projekte eingestellt. Mehr als 300 Millionen Euro flossen bis 2014 in Drohnenprojekte, viele davon mit Bezug zu Grenzsichtaufgaben. Dieser Kurs setzt sich im 8. FRP (2014–2020) fort. Das Budget erhöhte sich auf 1,7 Milliarden Euro und wertete den Grenzsichtbereich sogar zu einem Forschungsschwerpunkt auf. Zwei Beispiele aus diesem Bereich sind die Programme SUNNY für die

drohnen-gestützte Ortung von Fahrzeugen (von der EU mit 9,5 Millionen Euro unterstützt) und ROBORDER für die Verbesserung der Grenzüberwachung durch autonome Kleinstdrohnen (von der EU mit acht Millionen Euro unterstützt). Nicht immer geht es jedoch »nur« um Aufklärung und Informationsaustausch: Bei AEROCEPTER (2013–2016) stand die physische Gewaltanwendung im Mittelpunkt. Ziel des mit 3,4 Millionen Euro von der EU finanzierten Vorhabens war die Erforschung von Möglichkeiten, Autos und Boote mit Drohnen aus der Luft zu stoppen, z. B. durch schnell härtenden Schaumstoff oder das Abwerfen von Vorrichtungen zum Blockieren von Schiffsschrauben.

»Festung Europa« – Milliarden-geschäfte auf dem Rücken von Millionen

Es besteht kein Zweifel: An den Außengrenzen der EU findet eine Aufrüstung statt. Seit Anfang der 2000er Jahre wächst das Budget für Abschottung an den EU-Außengrenzen kontinuierlich. Die Versicherung der Flüchtlingsproblematik erlaubt es, sicherheitspolitische Maßnahmen als Flüchtlingspolitik zu verkaufen. Mittel der humanitären Hilfe werden in entsprechende Programme umgeleitet, von denen auch Drittstaaten mit z. T. bedenklicher Menschenrechtsslage profitieren.

Die Europäische Union (vor allem FRONTEX) konnte sich dank der »Flüchtlingskrise« als zentraler Akteur in Grenzsichtfragen gegenüber ihren Mitgliedstaaten etablieren. Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten wiederum können sich eines Teils der politischen Verantwortung für den Aufbau umfassender Überwachungssysteme und für die Abwehr von Flüchtlingen entledigen und erhalten zudem noch finanzielle Unterstützung für ihre Sicherheitsbehörden. Auch den EU-Streitkräften und dem NATO-Militärbündnis bringt die Einbindung in Grenzsichtaufgaben Vorteile: Sie können den machtpolitischen Anspruch zur Kontrolle des gesamten Mittelmeerraums verfestigen und gleichzeitig damit auch noch die hohen Verteidigungsausgaben rechtfertigen. Die Rüstungsindustrie wiederum hat die Themen Grenzsicht und Flüchtlingsabwehr genutzt, um für weitere Zugangsmöglichkeiten zu den zivilen EU-Forschungsprogrammen zu werben und sich neue Absatzmärkte für ihre militärischen Produkte zu erschließen. Insgesamt ist es diesen Akteuren also gelungen, auf dem Rücken der Flüchtlinge eine für sie politisch und ökonomisch profitable Win-win-Konstellation zu schaffen.



SAFE PASSAGE – Das Gebot der Stunde



*Ich war hungrig, ihr gabt mir zu essen;
ich war durstig, ihr gabt mir Wasser;
ich war fremd, und ihr habt mich
aufgenommen ...*

*Wahrhaftig, ich sage euch:
Alles, was ihr für eines dieser meiner
geringsten Geschwister
getan habt, habt ihr für mich getan.*

(Matthäus 25, 35ff)

Die Worte Jesu beschreiben, was Menschen in Not brauchen und wie Frieden beginnt. Daneben die Grafik des sudanesischen Künstlers Khalid Albaih mit einem im Meer versinkenden Christus in Rettungsweste und mit den Europasternen. Wenn Nächstenliebe keine individuelle Gefühlsduselei, sondern ethisches Gebot für eine solidarische Gemeinschaft ist, dann sagen Worte und Bild mit dem Hintergrund der in der Broschüre vorgelegten Beiträge:

Europa braucht eine Migrationspolitik, die Geflüchtete schützt und die Menschenwürde wahrt:

- Ein funktionierendes Seenotrettungssystem und eine Rechtsprechung, die Fischerboote und private Rettungsschiffe nicht juristisch drangsalirt und kriminalisiert.
- Legale Einreisewege für Menschen aus Konfliktregionen.
- Sichere Häfen, in denen ein faires Asylverfahren durchgeführt werden kann.
- Solidarische Aufnahmeregelungen, die die Bedürfnisse der Schutzsuchenden in den Mittelpunkt stellen und die Verantwortung für Geflüchtete nicht den Staaten an den Außengrenzen der EU (Italien, Griechenland und Spanien) auflasten.

Der Blick auf die Ägäisregion hat gezeigt, wie systematisch, langfristig und mit hohem finanziellen Aufwand Europa seine Grenzen sichert. Überwiegend durch militärisches Gerät und den massiven Ausbau technischer Überwachung mit vernetzter Daten-

sammlung und -übermittlung. Die Fragen der Datensicherheit und des Datenschutzes in diesem Kontext müssen unbearbeitet bleiben. Das Bild der »Spinne im Netz« (Frontex) bleibt. In diesem Netz kommt es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen und Gewalt bei den Einsätzen an den Außengrenzen der EU.

- Für die Opfer von Gewalt an den Außengrenzen existiert bisher kein institutionell unabhängiger und rechtlich verbindlicher Beschwerdemechanismus. Frontex selbst hat zwar ein internes Beschwerdeverfahren, das aber bei Weitem nicht ausreicht und zudem nicht rechtlich verbindlich ist.
- Die Verlagerung europäischer Migrationsabwehr in Länder mit fehlender demokratischer Kontrolle erhöht die Gefahr der Misshandlung Geflüchteter.
- Die migrationspolitische Zusammenarbeit der EU mit Drittstaaten muss sich an den Menschenrechten orientieren. Die Kooperation mit autoritären und repressiven Regimen ist zu beenden.
- Entwicklungszusammenarbeit darf kein Zahlungsmittel eines ausgelagerten Grenzschutzes sein. Stattdessen müssen Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik der EU so gestaltet sein, dass Menschen in ihren Ländern von ihrer Hände Arbeit leben können und ihre ökonomischen wie ökologischen Lebensgrundlagen geachtet werden.
- Entwicklungszusammenarbeit, die ihrem Namen Ehre macht, zielt auf die Förderung menschenwürdiger, gerechter und demokratischer Verhält-

nisse. Die Vermischung von Migrationsabwehr und Entwicklungspolitik hat eine toxische Wirkung und trägt zur Entstehung neuer Krisen- und Fluchtbewegungen bei.

Krieg ist eine der zentralen Fluchtursachen weltweit. Rüstungsexporte befördern Kriegs- und Krisenherde. Waffen »made in Germany« werden trotz der brenzligen und eskalierten Situation vor Ort weiterhin in den Nahen und Mittleren Osten geliefert. Dies widerspricht sowohl dem EU-Verhaltenskodex zu Rüstungsexporten als auch den Regelungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes in Deutschland.

- Der Export von Rüstungsgütern an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten ist zu beenden.
- Auch deutsche Waffen, die in EU- und NATO-Mitgliedstaaten wie die USA oder die Türkei exportiert werden, landen immer wieder in Kriegs- und Krisengebieten, da die Bundesregierung den Endverbleib bei EU- und NATO-Mitgliedern nicht kontrollieren kann oder will. Es braucht dazu verbindlichere Kontrollmechanismen, die konsequent umgesetzt werden.
- Die geplanten Milliardeninvestitionen für die europäische Rüstungsindustrie, gemeinsame Militäreinsätze und noch mehr Grenzsicherung widersprechen dem Vertrag von Lissabon. Er verbietet die Finanzierung von Rüstungsprojekten und Militäreinsätzen aus dem Gemeinschaftshaushalt der EU.

Von der Zivilcourage einzelner Menschen über die Graswurzelarbeit lokaler Initiativen und internationale solidarische Netzwerkarbeit bis hin zu den profes-

sionellen Akteuren ziviler Friedenssicherung: Frieden braucht Verbündete!

- Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich in Europa oder in den Transit- und Herkunftsländern Geflüchteter für Menschenrechte engagieren, beobachten und bezeugen kritisch die Auswirkungen europäischer Migrationspolitik. Ihre Stimme ist wertvoll für die Gestaltung einer menschenwürdigen Politik.
- Zivile Friedensfachkräfte arbeiten in Krisen- und Konfliktregionen. Ihre partizipative und dialogische Arbeit mit Menschen vor Ort fördert Gewaltprävention und nachhaltigen Frieden. Ihre Erfahrungen, Kompetenzen und Methoden sind in die Gestaltung europäischer Sicherheitspolitik einzubauen, zu stärken und finanziell auszubauen.
- Migrantinnen und Migranten und Geflüchtete sind Expertinnen und Experten in Fragen der Migrationspolitik. Sie sind an der Gestaltung von Programmen zu beteiligen. Ihre Bedürfnisse und Interessen müssen ausreichend berücksichtigt werden.
- Institute zur Friedens- und Konfliktforschung erarbeiten wissenschaftliche Expertisen, deren Ergebnisse zu selten in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden.
- Vielleicht braucht die EU selbst in Zeiten unsicherer Bündnisse den Mut zu neuen Bündnispartnerinnen und -partnern in Sachen Frieden. Dabei kann sie sich auf ihre eigenen Stärken als Vermittlerin in Konflikten und als Bündnis für Frieden durch Kooperation und Zusammenarbeit in der Welt besinnen und diese in Abstimmung mit den Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europarat weiterentwickeln.



Autorinnen und Autoren

Dr. James Jakob Fehr	Bammental, Friedensarbeiter und Geschäftsführer des Deutschen Mennonitischen Friedenskomitees
Nora Freitag	Berlin, Freie Mitarbeiterin bei Borderline Europe e. V. (2017–2019)
Kiflemariam Gebrewold	Karlsruhe, Projektleitung Rüstungskonversion der Evangelischen Landeskirche Baden
Sabine Müller-Langsdorf	Frankfurt, Referentin für Friedensarbeit im Zentrum Oekumene der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau und von Kurhessen-Waldeck
Otfried Nassauer	Berlin, Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS)
Christopher Steinmetz	Berlin, Freier Mitarbeiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS)

Team Borderline Europe e. V.

Meike Behrends	Berlin, aktiv bei borderline-europe e. V.
Nora Freitag	Berlin, aktiv bei borderline-europe e. V.
Lisa Groß	Berlin, schreibt für den bordermonitoring-Blog HarekAct und aktiv bei borderline-europe e. V.
Valeria Hänsel	Göttingen, schreibt für Bordermonitoring Aegean und bordermonitoring.eu und aktiv bei borderline-europe e. V.
Franziska Schmidt	Berlin, aktiv bei borderline-europe e. V.

Illustration

Trixi Feller	Berlin, Illustration der Karte »Akteure auf dem Ägäischen Meer«
---------------------	---

Redaktion

Sabine Müller-Langsdorf	Frankfurt, Referentin für Friedensarbeit im Zentrum Oekumene der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau und von Kurhessen-Waldeck
--------------------------------	--

Kooperationspartner und Unterstützerinnen und Unterstützer:



Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)
Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW)



Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung



Ohne Rüstung Leben e.V.



Evangelische Kirche im Rheinland (EKIR)



Evangelische Kirche von Westfalen (EKvW)



Berliner Informationszentrum für
Transatlantische Sicherheit (BITS)



Mennonitisches Friedenskomitee



Borderline Europe e.V.



Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel



Brot für die Welt



Evangelische Landeskirche in Baden (EKIBA)

Gefördert mit Mitteln des Evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes und der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin

Die Broschüre kann in der Geschäftsstelle der EAK bestellt werden und steht auf der Homepage unter www.eak-online.de/materialien zum kostenlosen Download bereit.

Spenden sind willkommen unter www.eak-online.de/spenden-0

Bildnachweise

Titel © picture alliance/REUTERS

Einleitung © picture alliance/NurPhoto

Rückseite © picture alliance/CITYPRESS 24

Alle anderen Nachweise stehen auf den entsprechenden Seiten

